



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **86. Sitzung (öffentlich)**

24. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte:**

- 1 Einschulungstichtag kindgerechter, elternfreundlicher und unbürokratischer regeln** **3**  
  
Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/10629  
  
– Gespräch mit Gästen (s. *Anlage 1*)
  
- 2 Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen** **28**  
  
Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/10526  
  
– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage 2*)



## 1 **Einschulungstichtag kindgerechter, elternfreundlicher und unbürokratischer regeln**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/10629

– Gespräch mit Gästen (*s. Anlage 1*)

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren Sachverständige! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Noch immer begegnen wir uns hier in den Käfigen. Der eine oder die andere von Ihnen hat es schon erlebt. Ich bitte Sie zunächst einmal, die Unbequemlichkeit zu entschuldigen. Bitte denken Sie auch nicht, wir hätten als Abgeordnete die Flucht ergriffen. Aufgrund der Pandemiesituation veranstalten wir unsere Sitzungen im Augenblick in Fraktionsstärke. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit, sich online einzuwählen, sodass sie unsere Diskussion am Bildschirm verfolgen können. Ihre Ausführungen werden also auch entsprechend wahrgenommen – und hinterher natürlich in der bewährten schriftlichen Form.

Wir führen heute ein sogenanntes Fachgespräch. Ich erwähne das nur der Form halber. Ein Eingangsstatement ist nicht vorgesehen. Am Ende können Sie aber bei Bedarf noch einmal zusammenfassend Stellung nehmen, wenn noch nicht alles gesagt sein sollte.

Wir werden hier in bewährter Weise vorgehen. Das heißt, dass die jeweiligen Fraktionen mit einer Frage bis zu drei Sachverständige ansprechen. Im Vorfeld haben wir uns darauf verständigt, dass im Sinne eines guten Austausches miteinander sowohl die Fragestellungen der Kolleginnen und Kollegen als auch Ihre Antwortbeiträge nicht länger als drei Minuten sein sollten. Für unser heutiges Gespräch ist ein Zeitfenster bis maximal 15 Uhr vorgesehen.

Nun können wir starten. Als Vertreterin der antragstellenden Fraktion hat Sigrid Beer das erste Fragerecht.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ganz herzlichen Dank, liebe Expertinnen und Experten. – Es gab ja eine Petition an den Landtag mit über 40.000 Unterschriften und dazu auch einen Beschluss, der auf der Landtagsseite veröffentlicht ist. Das zuständige Ministerium ist natürlich mit in den Petitionsprozess eingebunden worden. Wir haben es nach der Situation bei den Rückstellungen in den vergangenen Jahren gefragt. Dazu führt das Ministerium aus:

„Auch wenn ein unmittelbarer Vergleich zu den Vorjahren aufgrund der unterschiedlichen Systematik der Datenerhebung nicht möglich ist, lässt sich aber für das Schuljahr 2018/19 durchaus die Aussage treffen, dass der Erlass nicht zu einer ungewöhnlich hohen Anzahl an Zurückstellungen geführt hat. Aus den Amtlichen Schuldaten ergibt sich, dass der Anteil bereits einmal

zurückgestellter Kinder an den Einschulungen in den Schuljahren 2011/12 bis 2018/19 zwischen 0,8 und 2,4 Prozent differierte.“

Meine Frage richtet sich an die GEW, die komba gewerkschaft und das Netzwerk gegen Früheinschulung. Jetzt könnte man ja meinen, das seien doch gar nicht so hohe Zahlen, und es laufe alles gut, weil 95 % der Rückstellungen positiv beschieden würden. Wie sieht das aus Ihrer Perspektive aus? Wie hoch ist der Aufwand? Würden Sie ein entschlacktes Verfahren trotzdem befürworten und, wenn ja, warum?

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Die Zahl der Anträge auf frühere Einschulung ist sicherlich zurückgegangen, weil das Verfahren auch sehr aufwendig geworden ist. Ganz auffällig ist aber, dass der Verbleib in der Schuleingangsphase zunehmend gestiegen ist. Regional ist es ein bisschen unterschiedlich. Wir haben aber teilweise Schulen, in denen bis zu 50 % der Schüler drei Jahre in der Schuleingangsphase verbleiben. Und das ist doch ein deutliches Zeichen dafür, dass viele Kinder einfach zu früh eingeschult worden sind.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Ich kann aus der Praxis berichten, dass – so haben wir es auch in unserer Stellungnahme formuliert – die Tendenz in den letzten 15 Jahren dahin ging, Kinder so früh wie möglich einzuschulen. Es ist sehr schwierig, diese Haltung der Eltern wieder zurückzuführen.

Sie haben gefragt, wie die Situation bei den Rückstellungen in den letzten Jahren aus der Praxis bewertet wird. Auch wenn der Erlass das Ganze ein Stück weit erleichtert hat, hat er nicht dazu geführt, dass es in der Praxis für Eltern gefühlt einfacher funktioniert. Trotzdem ist – Stichwort „Gutachten“ – bürokratischer Aufwand erforderlich. Es ist also keine vereinfachte Form, die es erleichtert, sich dafür zu entscheiden, sein Kind doch noch zurückstellen zu lassen.

Aus der Praxis möchte ich auch auf den wichtigen Punkt hinweisen, dass die Entscheidung für eine Rückstellung ja nicht erst drei oder vier Monate vor der Einschulung stattfindet, sondern dass sich Eltern, bei denen es um das nächste Schuljahr geht, schon zum heutigen Zeitpunkt mit dieser Frage auseinandersetzen.

Außerdem fehlt uns ein Stück weit der Blick aus den Kitas auf die Gutachten. Es wird von den Gesundheitsbehörden und auch von Therapeuten oder von Kinderärzten gesprochen. Die Erzieher und Erzieherinnen in Kitas haben aber über Jahre einen ganzheitlichen Blick auf die Entwicklung der Kinder und können natürlich auch gut beurteilen, ob eine Rückstellung Sinn macht oder nicht.

Aber vereinfacht – das war ja Ihre Frage – hat es in der Praxis gefühlt nichts. Es hat auch nicht dafür gesorgt, dass mehr Eltern darüber nachdenken.

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich komme gerade aus der Schule, und zwar aus einer Hospitation bei einer 1. Klasse. Das mache ich regelmäßig. Bei mir verschärft sich immer mehr der Eindruck, dass gerade die Eltern mit dem geringsten Bildungsgrad den Aufwand für eine Rückstellung scheuen, obwohl sie sehen, dass ihr Kind besondere Schwierigkeiten hat. Das ist ein Problem.

Bei Kindern fehlen Dinge wie eine Dominanzentwicklung. Auch die klare Entscheidung für das sichere Gebrauchen der rechten oder linken Hand ist häufig noch nicht erfolgt. Außerdem gibt es immer mehr Wahrnehmungsverarbeitungsstörungen bei den Kindern, also keine gereifte sensomotorische Integration, keine Fokussierungsfähigkeit und keine Konzentrationsfähigkeit. In den großen Schulklassen von 20 oder 30 Kindern – leider sind es häufig wirklich 30 Kinder – sind diese Kinder, die sich noch nicht fokussieren können, von vornherein benachteiligt. Ich habe heute gesehen, dass die Lehrerin nach Monaten in der Schule noch hingehen und dem Kind den Stift richtig in die Hand legen muss. Das erschüttert mich immer wieder. Es sind die jungen Kinder, die an dieser Stelle aus der Kurve fliegen.

**Britta Czoske (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich würde gern noch etwas zum Kita-Bereich ergänzen. Wir beraten schon seit Jahren Eltern, die Rückstellungen vornehmen lassen wollen. Viele Eltern schaffen es nur mit sehr viel Mut und sehr viel Beratung, das zu erreichen, weil es von vielen Seiten heißt – nicht nur von den Kindergärten oder von den Schulen –, das habe sowieso keinen Sinn. Dann weist man auf diesen Erlass hin. Aber es nach wie vor ein Kampf.

Herr Walhorn erwähnt in seiner Stellungnahme, dass der Anteil der verspäteten Einschulungen in Nordrhein-Westfalen bei 1 % liegt, während er in Westdeutschland durchschnittlich 6,8 % beträgt, obwohl viele andere Bundesländer den 30. Juni als Stichtag haben. Das macht ganz deutlich, dass das bei uns praktizierte Verfahren viel zu kompliziert ist und für die Eltern viel zu große Anstrengungen bedeutet. Deswegen erreichen wir noch nicht einmal diese 6,8 %. Eigentlich müssten wir sogar höher liegen, weil unser Stichtag später ist und wir daher noch mehr unreife Kinder haben. Ich denke nicht, dass unsere Kinder in NRW so viel reifer sind als die anderen Kinder in Westdeutschland, dass das diese 1 % erklären würde, sondern bin davon überzeugt, dass es am Verfahren liegt.

Wir haben auch schon mehrfach in Gesprächen mit verschiedenen Parteien versucht, nachzubessern und die Schulen besser zu informieren. Viele Eltern müssen den Erlass selbst mitbringen und ihn den Schulen zeigen, weil zahlreiche Schulen nicht einmal wissen, wie sie diesen Erlass umsetzen dürfen und dass er sich auch auf den gesamten emotional-sozialen Bereich bezieht. Viele Eltern werden immer noch dahin gehend beraten, dass es nur um körperliche Aspekte geht. Für Eltern ist das wirklich kompliziert. Sie müssen ihrem Kind auch einen Makel anhängen. Das hilft unseren Kindern nicht. Insbesondere hilft es nicht, wie meine Kollegin schon sagte, den Eltern, die nicht den Mut haben, zu kämpfen, die nicht den Bildungshorizont haben, zu kämpfen, oder die einfach anders beraten werden. Das ist die Erfahrung, die wir seit Gültigkeit dieses Erlasses machen. Seit 2017 beobachten wir, dass das allein nicht hilft, die Kinder zum richtigen Zeitpunkt in die Schule zu geben.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Auch im Namen der FDP-Fraktion herzlichen Dank, dass Sie heute trotz der schwierigen Voraussetzungen alle hier sind. Für uns ist es ja sehr wichtig, Ihren Input aus der Praxis für unsere Beratungen zu bekommen. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Seemann und Herrn Preuss. Wir haben jetzt gehört,

dass sich Kinder in unterschiedlichem Tempo entwickeln. Sie haben auch unterschiedliche Schwerpunkte – sprachlich, motorisch und emotional. In diesen Feldern entwickeln sie sich unterschiedlich schnell oder langsam. Manche Kinder haben dann auch einen höheren Bedarf nach individueller Förderung. Es gibt ja unterschiedliche Wege, diesen Bedarfen der Kinder entgegenzukommen. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund eine Verlegung des Einschulungstichtages als Mittel, um auf die Heterogenität der Entwicklungsstände einzugehen?

**Albert Seemann:** Aus Kita-Sicht muss ich sagen: Eine Verlegung des Stichtages alleine hilft bei Förderbedarfen wenig. Denn es ist nicht mehr so, wie es früher war, als man in manchen Einrichtungen noch Therapeuten hätte, die man fragen könnte. Heutzutage muss man sich dann um Frühförderzentren bemühen. Dort reicht es nicht, ein halbes Jahr vorher nach einem Termin zu fragen. Die Kapazitäten sind begrenzt. Das muss man dann zeitnah machen. Bei meinem Träger – wir haben 45 Einrichtungen – gibt es auch kaum Fälle, in denen pauschal gesagt wird: Ach, wir lassen das Kind in die Schule gehen. – Vielmehr ist das Ganze ein Prozess. Wir begleiten die Kinder zum Teil von ihrem ersten Lebensjahr an. Da findet sehr wohl auch im Interesse des Kindes und im Interesse der Eltern eine Beratung statt, die dann dahin geht, dass man sagt: In dem und dem Bereich müssen wir noch etwas machen; lasst uns einmal den Antrag stellen, das Kind ein Jahr später einzuschulen. – Das findet schon statt. Aber ein einfaches Verschieben des Stichtages nach vorne oder nach hinten löst den Förderbedarf des Kindes im seltensten Fall.

**Boris Preuss (Bezirksregierung Köln):** Ich spreche heute mit dem Hut „obere Schulaufsicht“, habe aber bis vor 15 Jahren – auch wenn sich die Zeiten geändert haben – selbst eine Grundschule geleitet. Ich habe da eine sehr pragmatische Haltung. Die Einschulung eines Kindes ist im ganzen Land NRW ungeheuer wichtig. Allerdings sehe ich das als Gesamtpaket. Es ist eine Mischung aus folgenden Punkten: Wann wird ein Kind eingeschult? Was passiert an der Schule? Welche Möglichkeiten gibt es, für Kinder, die wirklich nicht schulfähig sind – ich benutze ganz bewusst diesen Begriff –, damit umzugehen?

Das Gesamtpaket, das wir in NRW im Moment haben, halte ich für ausreichend. Wir haben eine flexible Schuleingangsphase. Die Kinder haben – je nach individueller Eingangsvoraussetzung – die Möglichkeit, die Schuleingangsphase schon nach einem Jahr zu beenden und in Klasse 3 zu gehen; sie können aber auch drei Jahre in der Schuleingangsphase verweilen. Mittlerweile haben wir multiprofessionelle Teams in Schulen. Das heißt, dass wir in der Schuleingangsphase jede Menge Sozialpädagogen haben, die mit Kindern bestimmte Dinge aufarbeiten und intensivieren können. Vor diesem Hintergrund möchte ich dafür werben, diese Diskussion etwas zu entemotionalisieren und es ein bisschen sachlicher zu betrachten.

**Claudia Schlottmann (CDU):** Meine Damen und Herren, zunächst herzlichen Dank, dass Sie trotz Pandemie den Weg hierhin gefunden haben. Es ist schön, Sie alle zu sehen. Präsenzsitzungen sind immer etwas ganz anderes, finde ich, als nur über den Bildschirm zu kommunizieren.

Herr Seemann hat gerade gesagt, dass allein eine Verlegung des Einschulungstages nicht unbedingt die Schulfähigkeit von Kindern stärkt. Daran würde ich gerne anknüpfen. Meine Frage geht an Frau van Heemskerck und auch noch einmal an Herrn Seemann. Erstens. Ergibt es Ihrer Meinung nach Sinn, die Kitas im Hinblick auf die Möglichkeit, Förderbedarfe zu erkennen, frühzeitiger zu stärken, um Förderbedarfe schon in den Jahren vor der Einschulung, auch bevor die Kinder Vorschulkinder werden, angehen zu können?

Meine zweite Frage bezieht sich darauf, dass wir auch noch einmal darauf schauen müssen, gerade mit den multiprofessionellen Teams, welche Notwendigkeiten wir bei den Kindern in der 1. Klasse haben.

Mit der dritten Frage wende ich mich an Frau Czoske.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Frau Kollegin, wir hatten uns auf eine Frage verständigt.

**Claudia Schlottmann (CDU):** Entschuldigung. Dann bin ich auch schon still.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Ist es in Ordnung, wenn wir die erste Frage nehmen und dann in der nächsten Runde weitermachen? – Herzlichen Dank.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Dann beantworte ich die erste Frage zum Thema „frühzeitige Stärkung in den Kitas“. Ich denke, dass die Kindertagesstätten die Entwicklung der Kinder auch schon heute von Beginn an sehr präzise und ganzheitlich im Blick haben. Ich würde die Gegenfrage stellen, wie Sie sich denn Stärkung vorstellen. Die Problematik, die in den Kitas oder bei den Familien häufig vorliegt, ist gerade schon genannt worden. Wenn Förderbedarf erkannt ist, bedeutet das ja nicht, dass in der Woche danach Förderprogramme starten, Therapien erfolgen oder Frühförderung stattfindet. Bis es zu einem Termin zur Diagnostik kommt, um dann auch einen Förderplan aufzustellen, vergehen Monate. Manchmal dauert es sogar bis zu einem Jahr, bis solche Maßnahmen dann starten. Das liegt aber nicht an dem Kindergarten oder an dem Kinderarzt oder an dem zuständigen Therapeuten, der dann vielleicht schon mit im Boot ist, sondern daran, dass die Kapazitäten unter den derzeitigen Rahmenbedingungen einfach nicht da sind.

Es wäre eigentlich ein großes Feld, über das wir einen ganzen Nachmittag diskutieren könnten, inwiefern dann auch solche Frühförderpläne für Kinder, die nicht unbedingt als Inklusionskind geführt werden, in Kitas umgesetzt werden können. Das wäre also auch praktikabler möglich, denke ich, wenn wir jetzt nur die Kinder im Blick haben, bei denen wir davon sprechen, dass sie noch nicht schulreif oder schulfähig sind.

Ich teile die Auffassung, dass eine generelle Verschiebung des Stichtages diesen Kindern keinen Nutzen bringen würde. Da ist es egal, ob der Stichtag Ende Juni oder Ende September ist. Das hat damit tatsächlich überhaupt nichts zu tun. Um den Kindern entsprechende Unterstützung zu geben, müssten ganz andere Instrumente genutzt werden.

**Albert Seemann:** Ich gebe meiner Vorrednerin recht. In unseren Kitas – ich spreche jetzt von Köln – dauert es ab dem Elterngespräch – die Eltern erkennen den Förderbedarf und melden sich dann bei den Förderstellen – im Schnitt neun Monate bis ein Jahr. Bis man dann einen Therapieplatz hat, eine Diagnostik hat und auch in der Kita anfangen kann, begleitend zu fördern, vergeht schon ein gutes Jahr. Das ist viel zu lange. Denn die Zeit rast in den Kitas. Wir hinken tendenziell immer einen Schritt hinterher, weil die Entwicklung bei den meisten Kindern doch relativ schnell verläuft.

Ich würde mich freuen, wenn wir da mehr Unterstützung bekommen könnten – wobei wir durch das neue KiBiz auch schon ein bisschen mehr Unterstützung erhalten haben; aber je mehr, desto besser.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Auch von meiner Seite vielen Dank – sowohl dafür, dass diese Anhörung in der jetzigen Zeit so stattfinden kann, als auch für Ihre Stellungnahmen, die uns allen noch einmal die Gelegenheit gegeben haben, das Problem von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Ich erkenne auch aus den verschiedenen Stellungnahmen durchaus, dass es nicht eine einzige Lösung gibt und dass nicht nur eine Variante des Problems existiert, sondern dass wir da ganz viele Dinge berücksichtigen müssen.

Frau Schlottmann hat die Frage gestellt, ob es die Situation verbessern würde, wenn man in den Kitas frühzeitig mit individueller Förderung anfangen würde. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal ansetzen und die Lehrervertretungen fragen. Frau Heemskerk und Frau Finnern, sehen Sie denn eine Möglichkeit, wenn das in der Kita nicht leistbar ist, die individuelle Förderung der Kinder in der Schule so zu gestalten, dass die Defizite, die die Kinder mitbringen, dann dort aufgehoben werden können?

**Maik Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Zur Situation in den Schulen: Wir alle wissen, dass gerade in den Grundschulen der Lehrkräftemangel besonders hoch ist. 2020 konnten wir bei den Neueinstellungen nur 45,9 % der Stellen besetzen. Um das zu leisten, um das es hier geht, brauchen die Schulen also noch einmal eine ganz andere personelle Ausstattung, die aber nicht schnell zu bekommen ist. Es entwickelt sich ja etwas. Aber das ist im Moment einfach noch nicht umsetzbar.

Für uns geht es eher um folgende Frage: Die von meiner Kollegin gerade erwähnte hohe Verweildauer in den ersten beiden Jahrgängen der Grundschule führt auch zu einem enorm hohen Bedarf oder auch Zusatzbedarf an Personal in den Schulen. Ich mache jetzt einmal eine rein rechnerische Überlegung. Wenn man das Einschulungsalter drei Jahre lang jeweils einen Monat vorzieht und davon ausgeht, dass damit die Zahl der Schülerinnen und Schüler in jedem dieser drei Jahre um ein Zwölftel steigt, kommt man auf eine Größenordnung von rund 550 bis 600 zusätzlichen Stellen in einem Schuljahr. Rein rechnerisch betrachtet, werden also durch einen Monat früheres Einschulen etwa 550 bis 600 Stellen ausgelöst. Das ist in der Grundschule schon eine ganze Menge.

Wie gesagt, haben wir an den Grundschulen das Problem, dass wir nicht genügend Personal haben. Wir haben dort nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer. Inzwischen



gibt es in den Grundschulen zwar mehr multiprofessionelle Teams, also mehr Menschen mit anderen Professionen. Für das, was dort im Moment anfällt, reicht das aber einfach noch nicht aus.

Deswegen sehen wir nicht nur inhaltlich – die Argumente haben wir in unserer Stellungnahme genannt –, sondern auch rechnerisch Vorteile darin, die Schulen anders aufzustellen und den Einschulungstichtag vorzuziehen.

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):**

Ich möchte noch etwas zur möglichen Förderung in der Grundschule ergänzen. Frau Finnern hat zu Recht auf den eklatanten Lehrkräftemangel hingewiesen. Die multiprofessionellen Teams, die uns jetzt auch im Unterricht unterstützen sollen, tun, was sie können, sind aber nicht entsprechend ausgebildet, um die Förderung zu leisten, die dann erforderlich wäre. Daher halte ich das für völlig illusorisch. Einige Schulen haben mittlerweile mehr „Lehrkräfte“ – in Anführungsstrichen – aus den multiprofessionellen Teams als ausgebildete Lehrkräfte. Das kann man nicht wegdiskutieren. Wir wissen auch genau, dass sich das in den nächsten Jahren nicht ändern wird. Insofern kann es in meinen Augen absolut keine Lösung sein, dass die Kinder dann in den Schulen gefördert werden. Wir schaffen es ja noch nicht einmal, die Inklusionskinder vernünftig zu fördern. Das muss man ganz klar sagen.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Ich stimme dem zu, was meine Vorrednerinnen gesagt haben, und möchte ergänzend noch einmal die Istsituation darstellen. Wir haben in der Schule ja auch den OGS-Bereich. Ich nenne nur einmal ein Beispiel. Der Helfer oder die Helferin für Kinder, die Integrations- oder Inklusionsunterstützung bekommen, hat mit Unterrichtsschluss Feierabend. Das Kind wechselt dann in das OGS-System, ohne dort eine weitere Unterstützung zu haben.

Wenn wir über Förderung in Schule sprechen, geht es ja nicht nur um das Lehrpersonal, sondern auch um die Personen, die ansonsten noch in Schule beschäftigt sind. In der Tat könnten wir uns – da gebe ich Ihnen recht – das Konstrukt anschauen und überlegen: Wie kann man dieses multiprofessionelle Fachpersonal tatsächlich noch einmal individueller einsetzen und die einzelnen Kompetenzen nutzen? – Wir wünschen uns als komba gewerkschaft auch, dass das in Zukunft gemacht wird und eben nicht in zwei Systemen gedacht wird. Meines Erachtens können beide Systeme voneinander profitieren.

Im heutigen Istzustand – um Ihre Frage für heute zu beantworten – ist das nicht möglich, weil diese Aufgabe im Moment bei den Lehrern und Lehrerinnen liegt.

**Helmut Seifen (AfD):** Vielen Dank. – Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir hier in einer echten Dilemmasituation sind. Auf der einen Seite wird jeder einsehen, dass es pädagogische Notwendigkeiten gibt, die Eingangsphase geschmeidig zu gestalten. Auf der anderen Seite zeigen bestimmte Stellungnahmen, dass das nicht so einfach zu leisten ist.

Ich habe eine Frage an Herrn Walhorn, Herrn Preuss und entweder Frau Dr. Michael oder Frau Czoske. Auf der einen Seite sind die Belastungen der Kitas durch eine spätere Einschulung in Ihrer Stellungnahme, Herr Walhorn, sehr deutlich geworden. Das ist auch keine Petitesse, die man einfach so wegnicken kann – nach dem Motto: dann müssen sie halt zusehen –, sondern das sind echte Probleme. Auf der anderen Seite wurde von Frau Dr. Michael, aber auch von anderen klar dargestellt, dass es tatsächlich Kinder gibt, die einen anderen Reifeprozess durchleben. Das ist auch gar nicht schlimm. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich nicht die Kinder meine, die einen besonderen Förderbedarf haben, sondern die Kinder, die einfach, weil sie so jung sind, noch ein halbes Jahr bräuchten. Es geht mir jetzt also nicht um Kinder mit Förderbedarf. Das ist noch einmal ein separater Punkt.

Wir hatten früher einmal – Herr Preuss, Sie wissen das, wenn Sie Grundschulrektor waren – die Vorschulklassen. Ich kenne das auch von der Grundschule, die in meiner Nachbarschaft war. Meine Frage lautet: Wäre diese Dilemmasituation nicht zu einem großen Teil aufzulösen, wenn man die Kinder aus der Kita zwar natürlich in die Schule aufnimmt – dort sind Räumlichkeiten, Personal usw. usf. –, sie aufgrund eines schwerwiegenden Förderbedarfes oder einer noch nicht vorhandenen Reife dort aber in Vorschulklassen beschult? Dann gehören sie mit zur Schulgemeinde, sind in der Schulpflegschaft vertreten, verbringen die Pausen zusammen und haben gar nicht das Gefühl, dass sie noch in der Kita seien. Es wurde hier ja auch als problematisch angesehen, wenn das Schulkind plötzlich noch ein Jahr dortbleibt. Wären also Vorschulklassen, wie wir sie früher schon einmal hatten, nicht das geeignete Mittel, um diese Dilemmasituation wenigstens zu einem Teil zu lösen?

**Manfred Walhorn:** In der Tat gibt es eine Reihe von Ländern, die im Zusammenhang mit Zurückstellungen, bei denen sie auch höhere Quoten haben, Vorschulklassen entweder in Verbindung mit der Rückstellung verpflichtend machen oder dazu raten. Die Untersuchungen über den Fördereffekt von Vorschulklassen, die ich kenne, veranlassen mich nicht, das zu empfehlen, weil die Untersuchungen, die auch sonst für eine spätere Einschulung angeführt werden – zum Beispiel LAU, Hamburg –, eindeutig zu dem Ergebnis kommen, dass der Besuch von Vorschulklassen keinen Fördereffekt hat.

Ich glaube auch, dass das mit einem Schulsystem, das inklusiv arbeiten will, schwer zu vereinbaren ist. Im Übrigen würde ich es verengt finden, diese Debatte auf das Alter zu reduzieren. Hier sind auch viele andere Aspekte hinsichtlich der Heterogenität der Kinder in der Schuleingangsphase vorgetragen worden. Da ist, sage ich jetzt einmal zugespitzt, das Alter vielleicht das geringste Problem und die geringste Ursache. Unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen aufgrund der sozialen Herkunft und Kinder mit Migrationshintergrund, die in der Regel auch sehr viel weniger und sehr viel kürzer eine Kita besucht haben, fallen nach meiner Auffassung, was die Anforderungen aufgrund der Heterogenität und die Herausforderungen an die pädagogische Leistung der Lehrkräfte angeht, stärker ins Gewicht.

Die Diskussion um eine Vorschulklasse kann man auch nicht auf das Alter oder auf diese jüngeren Kinder begrenzen, sondern müsste das Ganze dann gezielt machen.

In gewisser Weise wäre das auch die erste Scheiternserfahrung vor Beginn der Schule, vergleichbar mit einer Nichtversetzung. Ich sehe darin eigentlich keine Lösung.

Wenn Sie sich – das ist richtig daran – dafür entscheiden, den Einschulungstichtag gravierend vorzuverlegen, steht allerdings die Frage im Raum, dass die Schule sich dann eigentlich an dieser Förderleistung beteiligen müsste, weil die Kitas das nicht schultern können.

**Boris Preuss (Bezirksregierung Köln):** Ich kenne in der Tat noch die Zeit der Vorschulklassen. Ich kenne auch das Folgekonstrukt. Es nannte sich Lernstudio. Das war noch einmal so ein Bereich, wo man sagte: Wir separieren Kinder.

Ich halte Vorschulklassen mehr oder weniger für ein Mittel von gestern. Wir diskutieren die ganze Zeit über die Strukturfragen. Nach meinem Eindruck versuchen wir, Kinder, deren Eingangsvoraussetzungen in Schule in der Tat immer heterogener werden, passend für irgendwelche Systeme zu machen – entweder für eine Kita oder für eine Vorschulklasse oder für eine Schule. Ich halte das in der Perspektive nicht für die richtige Vision. Meine Position ist: Lassen Sie uns aufhören, die Strukturen zu verändern, sondern in der Tat – da bin ich auch bei Ihnen – schauen, wie wir in dem System, das wir haben, multiprofessionelle Teams zusammenführen und die Qualität steigern.

Wir stehen vor der Herausforderung, Schule von morgen zu definieren. Da legt der Masterplan Grundschule schon die richtigen Spuren. Natürlich ist das vor Ort in den Schulen nicht einfach. Es sind aber fachliche Offensiven angekündigt. Außerdem ist mehr Personal angekündigt. Ich weiß auch, dass es noch nicht da ist. Allerdings fände ich es fatal, wenn am Schluss eine solche Leitentscheidung vor dem Hintergrund „Wir haben nicht genug Personal“ getroffen würde.

**Britta Czoske (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich arbeite seit 20 Jahren in der Verwaltung eines Kindergartens einer Elterninitiative und bin seit über zehn Jahren auch bei der sogenannten Arge 78, dem Trägertreff unserer Stadt. Der Hintergrund – fehlende Kindergartenplätze etc. und die ganzen Übergänge – ist mir also sehr bekannt und sehr präsent.

Zu Ihrer Frage: Die Vorschulklasse ist ähnlich wie ein dreijähriges Durchlaufen der Schuleingangsphase für viele Familien und für viele Kinder doch ein Scheitern – egal, wie es den Kindern verkauft wird. Sie merken, dass ihre Freunde doch in eine andere Klasse gehen als sie selbst. Einem sechsjährigen Kind ist oft überhaupt nicht gut zu erklären, warum es jetzt nicht zusammen mit seinen Freunden in eine Klasse geht. Das finde ich mit Blick auf das Wohl des Kindes sehr schwierig.

Ein ganz anderes Problem – das vielen gar nicht präsent ist, glaube ich – ist, dass wir heute in den Kindergärten einen anderen Stichtag haben als in der Schule. Wir haben den 1. November als Stichtag. Alle Kinder, die im Oktober Geburtstag haben, kommen deshalb auch im August in den Kindergarten – mit eindreiviertel in eine U3-Gruppe und mit zweidreiviertel in eine Ü3-Gruppe. Sie sind zu diesem Zeitpunkt eigentlich noch zu jung und scheitern oft. Wir müssen sie erst entsprechend eingewöhnen; denn häufig geht es gar nicht, oder es dauert echt lange.

Das bedeutet: Wenn man den Einschulungstichtag verschiebt – wofür ich zum Wohle der Kinder sehr plädiere; Kinder, die weiter sind, können ja immer noch auf Antrag eingeschult werden –, sollte man den Kindergartenstichtag angleichen. Denn die Oktober-Kinder – das kann man bei den Städten auch erfragen – bekommen heute kaum einen Kindergartenplatz, weil wir im Kindergarten wissen, dass wir dieses Kind ein Jahr länger haben werden. Es blockiert also einen Platz. Die normale Aufnahme der nächsten Unterdreijährigen ist aber laut KiBiz notwendig. Das führt in der Praxis zu Überbelegung.

Bei der Angleichung des Kindergartenstichtages sollte man unbedingt berücksichtigen, dass die Kinder auch nicht zu jung in den Kindergarten kommen sollten. Natürlich gibt es einen Rechtsanspruch. Aber warum ist der Stichtag der 1. November? Wenn der Rechtsanspruch ab August besteht, ist für mich nicht klar, warum das Kind dann schon vor seinem zweiten Geburtstag in den Kindergarten kommt.

Ich halte es also für dringend notwendig, beide Stichtage gleich zu handeln, um nicht die im Kindergarten zu jungen Kinder auch wieder zu jung in die Schule zu geben. Heute haben sie immer das Problem, mehrfach zu jung zu sein.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Wir eröffnen die nächste Runde.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Vielen Dank für die erste Runde, in der viel darüber gesprochen worden ist, wo Ressourcen vorhanden sein müssten. Ich bin sehr bei dem, was zu Qualität, Heterogenität und Umgang mit Heterogenität gesagt worden ist. Jetzt möchte ich vor diesem Hintergrund aber auch den Fokus auf die Kinder legen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir eine erhöhte Zahl von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen zu verzeichnen haben. Das resultiert zum Teil auch aus der erfreulichen medizinischen Unterstützung, die dazu führt, dass zahlreiche Kinder geboren werden, die als Frühchen auf die Welt kommen und dann schon ein bestimmtes Päckchen mitbringen, das sie in der Entwicklung aufzuholen haben.

Frau Dr. Michael, ich würde Sie gerne fragen, wie Sie diese Situation sehen und einschätzen. Frau van Heemskerck und Frau Tjardes oder Frau Finnern, was können Sie aus der Praxiserfahrung dazu berichten, wie die Kinder mit Entwicklungsverzögerungen dann in der Schule ankommen und was das bedeutet?

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Es ist mir auch ein hohes Anliegen, dass man gerade, was die Frühgeburtlichkeit angeht, von vornherein aktiv wird. Schließlich wissen wir: Wenn schon im ersten Jahr die Förderung gut läuft und Frühförderung dort zum Prinzip wird, bekommen die Kinder auf der ganzen Strecke bessere Chancen.

Eine optimale Förderung von vornherein, die so früh wie möglich einsetzt, ist aber nur das eine. Dass man Entwicklung nicht beschleunigen kann, ist das andere. Es gibt einfach Dinge, die Zeit brauchen. Es ist für mich immer wieder wichtig, hervorzuheben, dass nach unserer Beobachtung die Oktober-Kinder, die jetzt in der Schule sind, viel glatter durchlaufen – bei der Regulation, bei der Wahrnehmungsverarbeitung, bei den

Leistungen, bei den Krankheitstagen, bei den psychischen Störungen usw. Ein September-Kind, das ein Jahr früher eingeschult wird, hat signifikant mehr Probleme. Ich habe ja eine ganze Reihe von Studien dazu vorgelegt.

Mir kommt es darauf an, dass wir da einen Unterschied machen. Es ist ganz wichtig, dem Förderbedarf zu entsprechen und mit der Förderung auch früh einzusetzen. Wir arbeiten in den Kliniken schon daran, dass es Frühchen-Sprechstunden gibt, dass der Übergang in Sozialpädiatrische Zentren gut funktioniert usw. Das ist aber eine andere Baustelle als die Frage, wie viel Zeit ein Kind braucht. Ich bitte, diesen Unterschied zwischen September-Kindern und Oktober-Kindern noch einmal scharf anzuschauen. Wir würden den Schulen auch viel Arbeit ersparen, weil Förderungen, die sie dann zusätzlich leisten müssen, wegfallen würden, wenn man den Kindern ausreichend Reifungszeit gäbe.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Ich kann das Plädoyer für diese Unterscheidung nur unterstützen. In Bezug auf die Frühchen möchte ich noch ergänzen, dass sie in der Kita – egal in welchem Alter, ob U3 oder Ü3 – schon mit einem sehr gut strukturierten Förderpaket ankommen. Das ist also noch einmal anders als bei Kindern, bei denen man erst in der Kita durch Beobachtungen feststellt, dass Bedarf nach Förderung besteht. Dann müssen die Eltern erst einmal sensibilisiert werden. Das erfordert dann einen längeren Zeitraum.

Ich würde gerne auch noch auf eine andere Gruppe von Kindern zu sprechen kommen. Wir sagen immer, dass es Kinder gibt, die irgendwann mit Kita fertig sind. Sie haben dann eine Phase erreicht, in der sie alles in der Kita langweilt. Man kann sich zwar neue Herausforderungen überlegen. Sie sind aber einfach fertig damit. Das ist eigentlich auch die richtige Haltung – nämlich, sich von einem Teil zu verabschieden und sich auf die große neue Herausforderung „Schule“ zu freuen.

Gleichzeitig gibt es aber auch Kinder – das sind vor allem die Herbst-Kinder, wie wir sie nennen, also die Kinder, die im Herbst sechs Jahre alt werden –, die noch nicht mit Kita fertig sind. Diese Kinder reißt man eigentlich aus einem System heraus und setzt sie in ein neues System hinein. Viele schaffen es – mit viel Aufwand, den sie selbst und auch die Familien betreiben – trotzdem. Ihnen fehlt aber dieser Prozess, von einem System Abschied genommen zu haben und zu sagen: Damit bin ich jetzt fertig; nun kommt das Nächste.

Ich habe meine Ausbildung als Erzieherin in den 90er-Jahren gemacht und noch den anderen Stichtag kennengelernt. Aus rein persönlicher Erfahrung kann ich sagen, dass ich, nachdem der Stichtag verlegt wurde, mehr Kinder erlebt habe, die noch nicht fertig waren. Das heißt nicht, dass sie dann alle in dem System „Schule“ gescheitert sind. Es war für sie aber, würde ich sagen, eine größere Herausforderung; nicht kognitiv – wie lerne ich Buchstaben und schreibe meinen Namen? –, sondern: Wie organisiere ich mich selber? Wo muss ich eigentlich hin, wenn Sport ist? – Weil diese Selbstkompetenz, der organisatorische Blick und ein gestärktes Selbstbild oft noch fehlten, war es ein schwieriger Start in der Schule.

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):**

Ich kann das, was meine Vorrednerin gesagt hat, nur noch einmal bestätigen. Die Unterschiede sind wirklich total gravierend. Diese emotionale Entwicklung kann man auch nicht durch Förderung aufholen. Die Kinder brauchen einfach diese Zeit. Man sollte ihnen diese Zeit auch lassen und nicht sagen, dass sie unbedingt in die Schule gehen müssen. Manche Kinder kriegen den Dreh dann auch. Viele Kinder sind aber auch wirklich frustriert. Ich finde es sehr schade, wenn Kinder schon sehr früh das Gefühl haben, dass sie immer irgendwie hinterherhängen und den Anforderungen nicht gerecht werden können – was auch schnell dazu führt, dass sie einfach keine Lust mehr auf Schule haben, und zwar schon nach ganz kurzer Zeit. Das sollte man unbedingt vermeiden.

**Claudia Schlottmann (CDU):** Frau Tjardes, Sie haben vorhin als Argument für einen früheren Einschulungstichtag die längere Verweildauer vieler Kinder in der Schuleingangsphase angeführt. Gibt es belastbare Zahlen dazu, dass es gerade diejenigen Kinder sind, die frühzeitig eingeschult worden sind, die länger in der Schuleingangsphase verbleiben? Das ist jetzt meine Frage an Sie. Vielleicht hat Frau Dr. Michael auch noch belastbare Zahlen dazu.

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):**

Ich muss passen. Ob es dazu eine Untersuchung gibt, weiß ich nicht. Ich weiß nur aus der Praxis – das hört man auch von anderen Kollegen immer wieder –, dass es gerade diese Kinder sind. Die Schulen können das ja nur für sich verzeichnen, wenn sie sehen, mit welchem Alter die Kinder dort ankommen. Ein ganz großer Teil kommt tatsächlich aus diesem Bereich. Natürlich sind auch andere Kinder dabei; das ist ganz klar. Aber die Zahl ist wirklich steigend. Das kann man nicht außer Acht lassen, denke ich.

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich habe in unserer Stellungnahme unter anderem eine Übersichtsarbeit von Herrn Hagemeister erwähnt. Sie basiert auf PISA-Daten. Es gibt aber auch andere Daten, die deutlich machen: Diese Kinder verweilen nicht nur statistisch signifikant länger in der Schuleingangsphase; auch das Sitzenbleiben durch die ganze Schulzeit hindurch haftet den jüngeren Kindern eindeutig häufiger als den anderen Kindern an. – Die scheinbare Beschleunigung durch die frühere Einschulung ist für viele Kinder also dann doch keine.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Sie sehen mich an dieser Stelle ein bisschen ratlos, weil ich das Gefühl habe, dass wir zurzeit sehr viel mehr diskutieren, was alles nicht möglich ist. Ich habe gerade gedacht: In der Kita ist kein Platz für die Kinder, weil es dort nicht genug Personal gibt, und die Schule kann sie auch nicht aufnehmen, weil dort ebenfalls kein entsprechendes Personal ist.

Wie bereits erwähnt, haben wir das Ganze anhand von Strukturen, die im Augenblick existieren, diskutiert. Müssten wir nicht viel mehr vom Kind her denken und an dieser Stelle fragen, was dem Kind guttut und wie wir die Strukturen ändern müssen, um das

Kindeswohl und das Recht auf Bildung optimal zu gewährleisten? Diese Frage würde ich am liebsten an alle Experten richten. Ich beschränke sie aber auf Herrn Preuss als Vertreter der Position, die Kitas nicht weiter zu belasten, und Frau Finnern und Frau van Heemskerck als Vertreterinnen der Lehrer.

**Boris Preuss (Bezirksregierung Köln):** Das ist eine große Frage. Ich bringe einmal ein verbindendes Element in die Diskussion hinein. In NRW gibt es ja die Bildungsgrundsätze für Kinder von 0 bis 10 Jahren. Darauf hat man sich in einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Familienministerium und dem Schulministerium einmal verständigt, also auf Erziehungsziele in verschiedensten Bereichen für kleine Kinder und heranwachsende Schulkinder.

Der Weg muss sein, dass wir diese Zusammenarbeit stärken. Denn die Diskussion der Frage, wer wann in welches System gehen sollte, löst gar nichts. Dort, wo man vor Ort eine gute Kooperation mit guten Fachkräften hinkriegt, kommt auch für Kinder etwas Gutes herum.

Zu der Frage, ob man drei Monate nach vorne oder hinten gehen sollte, und Ihrem Hinweis, es gebe bestimmte Gruppen, die da systemisch benachteiligt seien, ist Folgendes zu sagen: Unsere Gesellschaft wird zunehmend immer individueller. Schule braucht einen Regelrahmen. Dazu gehört auch ein Startpunkt. Ich füge die These hinzu, dass Schule auch etwas mit Anstrengungsbereitschaft zu tun hat. Wir dürfen Kinder nicht überfordern. Aber man sollte Fragen, die komplex sind, wie Sie erkannt haben, nicht immer irgendwo ins Belieben von Systemen setzen. Insofern plädiere ich schon für einen Stichtag, der planbar ist. Das habe ich auch in meiner Stellungnahme ausgeführt. Wenn wir in allen Bereichen, in denen wir uns in der Fachwelt aufgrund der Komplexität nicht einig werden, immer „Dann sollen es die Eltern entscheiden“ oder „Die Schule entscheidet es vor Ort“ sagen, überlastet das die Systeme völlig.

**Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Ich schlieÙe daran an. Das ist in der Tat eine große Frage. Es darf aber doch – um das noch einmal klarzustellen – nicht so sein, dass die Systeme starr sind und die Kinder sich an die Systeme anpassen müssen. Vielmehr muss es umgekehrt sein. Die Systeme müssen die Kinder so aufnehmen, wie sie kommen, und sie bestmöglich fördern, jeweils in der Kita und in der Schule. Das ist wohl völlig klar.

Die Frage ist nur: Wie gestaltet man diesen Übergang? Das ist in der Tat eine sehr sensible Geschichte. Aus meiner Perspektive muss es darum gehen, Scheiternserfahrungen zu vermeiden. Wenn ein Kind zurückgestellt wird, ist das natürlich genauso eine schwierige Erfahrung wie, wenn ein Kind noch ein drittes Jahr in der 1. und 2. Klasse bleiben muss. Ja, beides sind schwierige Erfahrungen, gerade vom Kind aus gesehen. Das betrifft ja auch eher Kinder, die ohnehin schon das Gefühl haben, dass sie nicht alles so gut hinkriegen wie die anderen Kinder. Es ist also eine Bestätigung ihrer Scheiternserfahrungen. Uns muss es darum gehen, das zu vermeiden und möglichst aus dem System herauszubekommen.

Ich glaube schon, dass die Verlegung des Stichtages dazu einen Beitrag leisten kann – ohne dass man alles andere vergisst. Das darf man natürlich nicht getrennt betrachten.

Da bin ich bei allen, die darauf hingewiesen haben. Allein die Verlegung des Stichtages erledigt nicht das Problem, sondern lässt weiterhin viel zu viele Scheiternserfahrungen zu. Deshalb müssen sich die Systeme natürlich auch darauf einstellen, dass die Kinder immer heterogener in die Schule kommen. Das liegt unter anderem daran, dass sie unterschiedlich lange in den Kitas sind. Während einige Kinder sehr lange in den Kitas sind, sind andere Kinder nicht so lange dort. Wir wissen auch, welche Kinder eher lange in den Kitas sind und welche Kinder eher nicht so lange dort sind. Das verstärkt noch einmal die Ungleichheiten, die ohnehin existieren.

An dieser Stelle sind die Systeme gefordert, Lösungen anzubieten, um alle Kinder gut durch diese unterschiedlichen Phasen zu bringen. Das ist völlig klar. Dafür braucht es – damit bin ich doch noch einmal bei den Ressourcen – einfach noch mehr Personal. Die sozialpädagogischen Fachkräfte in der Schuleingangsphase sind ja gut. Wir brauchen nur noch viel mehr davon. Es ist noch viel zu tun, um die Systeme so zu stärken, dass die Scheiternserfahrungen minimiert werden können. Das halte ich für den wichtigsten Punkt.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Ich möchte das ergänzen. Sie haben gesagt, wir sollten einmal den Blick des Kindes einnehmen. Das tun zumindest wir. So ist unsere Stellungnahme auch ein Stück weit aufgebaut. Wir sind der Auffassung – so hat es Frau Finnern gerade auch gesagt –: Ein Punkt im ganzen Großen ist die Verlegung des Stichtages. Damit heilt man aber nicht alles.

Sie haben gesagt, man belaste jetzt sowohl die Kitas als auch die Schulen. Ich denke, dass Kitas im Moment davon nicht belastet sind. Die Kitas schauen aus dem Blickwinkel des Kindes und sagen, dass es für einen Großteil der Kinder sinnvoll wäre, den Stichtag zu verlegen. Sie sind dadurch aber nicht besonders belastet – jedenfalls im Moment nicht. Wenn der Stichtag verlegt wird, werden sie – darauf hat neben uns auch Herr Walhorn in seiner Stellungnahme hingewiesen – belastet, weil die Erhebungen, was die Bedarfsplanungen für die nächsten Jahre betrifft, natürlich auf einem anderen Stichtag beruhen. Dann werden Kitas tatsächlich belastet, weil der Bedarf da ist und im schlimmsten Fall von Überbelegung auszugehen ist.

Aus der Sicht der Beschäftigten würde ich sagen, dass wir uns als Gewerkschaft dagegen aussprechen. Aus dem Blickwinkel des Kindes würde ich sagen, dass es viele gute Argumente dafür gibt, den Stichtag zu verlegen.

Dass sich Systeme an den individuellen Bedürfnissen, Stärken und Schwächen der Kinder orientieren sollten, wissen wir schon seit 25 Jahren oder wahrscheinlich noch länger. Wir diskutieren immer in solchen Expert\*innenrunden darüber. Aber den großen Wurf haben wir tatsächlich alle gemeinsam noch nicht geschafft. Vielleicht sollten wir jetzt wirklich einmal die Ärmel hochkrempeln und es anpacken, und zwar nicht nur für ein kleines System, sondern uns alle Systeme anschauen, also Schule, OGS und Kita. Wenn wir mehrere Faktoren in die Hand nähmen, würden wir auch tatsächlich etwas schaffen, glaube ich.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich möchte nahtlos daran anknüpfen und Herrn Preuss – aus Sicht der Schulentwicklungsplanung – und Herrn Seemann – aus Sicht



der Kita – fragen: Wie würde sich eine Korridorlösung auf Planung und Organisation auswirken?

**Boris Preuss (Bezirksregierung Köln):** Das stellt, wie ich schon angemerkt habe, das System natürlich vor große Herausforderungen. Wie viele Eingangsklassen in einer Kommune gebildet werden, hängt von der Schülerzahl an. Zum einen betrifft das die einzelne Schule. Im Schulgesetz ist klar definiert, wie viele Kinder wie viele Klassen auslösen. Zum anderen gibt es auch noch einen limitierenden Faktor für die Schulträger. Die Klassenhöchstzahl wird ermittelt, indem die voraussichtliche Schülerzahl aller Schulen durch 23 geteilt wird. Ich versuche, Ihnen das einmal plastisch darzustellen.

In einer großen Stadt wie Köln mit einer enormen Population spielt diese Lehrerbegrenzung keine Rolle; dort hat man eher zu wenige Schulplätze. Umso wichtiger ist hier Folgendes: Ein Schulträger ist darauf angewiesen, mit verlässlichen Rahmendaten zu planen, und zwar sehr frühzeitig, schon bei Geburt der Kinder, um in einer Stadt mit Zuzug in Ballungsecken oder in sehr beliebten Wohnneckten die Schulbauplanung entsprechend anzupassen. Ein solcher Korridor mit einem Elternwahlrecht ist natürlich nicht astrein zu kalkulieren. Es wird ein paar Jahre dauern, bis verlässliche Daten vorliegen. Die Bayern haben so etwas, glaube ich. Da kenne ich noch keine Zahlen.

Ein ganz anderer Fall sind kleine Landschulträger, die das Interesse haben, ihre fünf Kirchturmschulen zu erhalten, was ich richtig gut nachvollziehen kann. Da spielt jeder einzelne Schüler eine Rolle, wenn es darum geht, wie viele Eingangsklassen gebildet werden können. Ich kenne aus meiner Zeit im Schulamt noch solche Schulträger, die wirklich fünf Schulen haben, für die auch die Bevölkerung kämpft. Dann ist immer die Frage: Werden es sechs oder sieben Eingangsklassen, und reicht das für die Schulstruktur?

Das sind zwei Extrembeispiele, bei denen die Schulträger Ihnen die Rückmeldung geben würden: Leute, lasst uns das verlässlich berechnen.

**Albert Seemann:** Um die Problematik zu verdeutlichen, schildere ich Ihnen einmal zwei Beispiele aus der Praxis, und zwar aus meinem jetzigen Vorschuljahrgang.

Auf der einen Seite habe ich ein Mädchen, das auf jeden Fall eine Entwicklungsverzögerung hat. Ihr war aber auch vollkommen klar: Ich bin nicht so weit wie alle anderen. – Sie ist da auch ganz safe mit sich selber. Sie ist recht gut unterwegs. Ihre Eltern haben auch frühzeitig gemerkt: Ja, das kann man nicht ignorieren. Wir gehen diesen Schritt. Wir trauen uns das. – Das hat auch ganz oft etwas mit „trauen“ zu tun: Ich traue mich, als Familie zu sagen, dass mein Kind Förderbedarf hat, und nehme die Förderung auch in Anspruch. – Ich merke: Sie wird zum Sommer hin ihren Weg gut machen.

Auf der anderen Seite habe ich einen Jungen, der Anfang dieses Jahres bei seiner Oma war. Die Oma war der Meinung, dass er noch nicht weit genug ist, und hat die Mutter verrückt gemacht. Die Mutter ist daraufhin aus allen Wolken gefallen und hat gesagt: Das kann doch nicht sein. – Was macht man dann heutzutage leider? Man redet in Situationen wie auf dem Spielplatz mit anderen Eltern und wird dadurch noch mehr verunsichert. Die Mutter war völlig verunsichert und war der Meinung: Mein Sohn

schafft das nicht. – Dieses Kind ist seit fünf Jahren bei mir in der Gruppe gewesen. Die Verunsicherung dieser Mutter war so stark, dass sie gegen alle unsere Einwände der Meinung ist: Ich muss mein Kind zurückstellen lassen. – Der Prozess hat sich durch Corona leider in die Länge gezogen. Am vorletzten Tag des Kita-Jahres ist die Entscheidung für die Zurückstellung dann gefallen. Da war sein Platz schon nachbesetzt. Das führt zu einer Überbelegung. Ein 21. Kind in der Gruppe zu haben, fördert weder das Kind, das zurückgestellt wird, noch kommt man damit der Bildungspflicht für die anderen 20 Kinder in irgendeiner Form nach. Fakt ist: Er hat jetzt die Gruppe gewechselt. Dass er immer noch bei uns ist, kotzt ihn total an. Er wäre lieber in die Schule gegangen.

Auch wenn man das Datum verlegt, muss man – das geht in dem Antrag ein bisschen unter – immer Rücksprache halten. Denn ich lebe eine Erziehungspartnerschaft über viele Jahre. Wenn Eltern so verunsichert sind und mit den Worten „Herr Seemann, ich glaube, dass mein Kind das nicht schafft“ auf mich zukommen, ist das für mich als Erzieher ein Signal, zu sagen: Wir müssen uns zusammensetzen und darüber reden. – Denn dann ist in ihrer Wahrnehmung etwas ganz anders als in meiner Wahrnehmung. Wenn ich ihre Wahrnehmung teilen würde, hätte ich ihnen nämlich schon vor Jahren etwas gesagt.

Ich bin nicht der Meinung, dass eine Überbelegung zum Wohle des Kindes ist. Da brauche ich auch gar nicht als Arbeitnehmer zu argumentieren. Denn was mache ich mit diesem Kind? Was kann ich ein Jahr lang machen? Das Kind wird dann immer nur stören. Es ist immer die Nr. 21. Das Kind hat sich ja auch schon darauf vorbereitet, dass es in die Schule gehen wird. Und dann kommt so spät die Nachricht: Nein, du bleibst. – Das heißt: Wir sind da total überfordert. Wir kommen da auch nicht weiter. Dem Kind ist auch nicht geholfen. Zurückwechseln geht auch nicht, weil wir überbelastet sind. Das funktioniert also vorne und hinten nicht.

Ich bin auch sehr dafür, dass man über ein System nachdenkt, das die Kinder besser fördert. Aber dann muss man es wirklich ganz neu denken und darf nicht sagen: Wir schieben das Kind entweder in die Schule oder in die Kita. – Denn so, wie das System jetzt konzipiert ist, kann es solche Einzelfälle nicht auffangen. Das geht einfach nicht. Dafür ist auch die Anzahl von Einzelfällen mittlerweile viel zu groß. Das ist ja eine erfreuliche Folge davon, dass wir jetzt die Diagnostik immer mehr ausbauen. Diese Fälle sind früher unter dem Radar geflogen. Dazu hatte man gar nicht das Wissen. Das wird immer mehr. Ich finde es auch gut, dass diese Angebote immer mehr werden.

Deswegen sage ich: Wir müssen da etwas machen, ja. Aber wie? Und eine Überbelegung ist für mich keine Lösung.

**Helmut Seifen (AfD):** Sehen Sie es mir nach; ich bin mit den Antworten auf meine Frage nicht wirklich zufriedengestellt worden. Denn es wurde lapidar „Schule von gestern“ gesagt. Möglicherweise ist die Schule von gestern ja erfolgreicher gewesen als die Schule von heute. Ich glaube, dass eine Zeitetikettierung nie hilfreich ist, egal in welche Richtung. Man sollte doch überlegen, wie man die Dilemmata beseitigt.

Herr Seemann hat gerade das Ganze eindrucksvoll dargestellt und geschildert, dass es hier auch um besorgte Eltern geht. Frau van Heemskerk hat in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die große Altersspanne eine immense Herausforderung ist. Von Frau Tjardes haben wir hier mündlich gehört, dass multiprofessionelle Teams nicht zu dem Ergebnis führen, das wir uns wünschen. Frau Dr. Michael hat gesagt: Wenn ein Kind von vornherein so große Schwierigkeiten in der Schuleingangsphase hat, schleppt es das die ganze Zeit mit sich herum.

Deswegen möchte ich Herrn Seemann, Frau van Heemskerk und Frau Dr. Michael fragen: Ist die angenommene Vorstellung, Kinder würden diskriminiert, wenn sie in eine Vorschulklasse gingen, nicht eine völlig zu vernachlässigende Größe angesichts der Tatsache, dass man auch Eltern damit beruhigen kann, dass ihr Kind, wenn es das erste Jahr nicht schafft, dann wechseln kann? Denn das ist ja der Fall. Das Kind geht ja nicht sofort in die Vorschulklasse. Dann ist auch eine Kommunikation wichtig, damit das Kind eben nicht das Gefühl hat, dass es benachteiligt wird. Es geht ja in die Schule. Voller Stolz haben diese Schüler gesagt, dass sie in die Schule gehen, und haben gar nicht direkt wahrgenommen, dass sie nicht in die 1. Klasse gehen. Ist das nicht allem vorzuziehen, was wir hier bisher gehört haben?

**Albert Seemann:** Meine Vorschulkinder sind clever genug, dann zu merken, wo der Unterschied ist. Damit kann ich zwar nicht auf alle Vorschulkinder in NRW hochrechnen. Aber Kinder sind, was das angeht, sehr spitzfindig und sehr intelligent. Sie merken sofort den Unterschied.

Mir geht es um das, was Frau Dr. Michael gesagt hat. Wenn es Sachen sind, die ich in meinem pädagogischen Kita-Alltag durch Angebote und Impulse angehen kann, mache ich das. Wenn es aber Bedarfe sind, die ich in meiner pädagogischen Arbeit nicht abdecken kann, bin ich jetzt darauf angewiesen, dass diese Kinder frühzeitig einen Therapieplatz bekommen. Und daran krankt es oft. Das ist häufig der Knackpunkt. Wenn dies zeitnah gewährleistet wäre, könnte man auch viele dieser Defizite bis zum Schuleintritt deutlich abschwächen oder sogar ganz beheben.

Ich bin nicht der Meinung, dass man Kinder, die individuelle Förderbedarfe haben, zusammen in einen Raum setzen sollte; nach dem Motto: Alles Schlechte ist da versammelt. – Das wird die Kinder nicht weiterbringen. Bei der früher praktizierten Form der Sprachförderung hat man das ja auch gesehen. Damals hat man alle Kinder mit Sprachförderbedarf zusammen mit einem Therapeuten oder einer Therapeutin in einen Raum gesetzt und war der Meinung: Jetzt machen wir mit den ganzen Kindern, die Förderbedarfe haben, einmal etwas; dann wird das, wie Schule, schon funktionieren. – Es hat aber leider in der Praxis nie funktioniert. In meiner ganzen Zeit – ich bin schon etwas länger Erzieher und habe das auch noch ein paar Jahre miterlebt – hat das die Kinder nicht weitergebracht. Individuelle Förderung bringt die Kinder weiter – aber keine Maßnahme, bei der man alle zusammen in einen Raum setzt, dann etwas drüberstülpt und hofft, dass sich das alles schon von alleine ergeben wird. Da bin ich nicht Ihrer Meinung.

**Sandra van Heemskerck (Kombi Gewerkschaft Nordrhein-Westfalen):** Leider muss ich Sie auch enttäuschen. Ich wünsche mir die Vorschule nicht zurück – aus genau den Gründen, die Herr Seemann schon angeführt hat. Kinder auszusondern oder in bestimmte Gruppen einzuteilen, halte ich für nicht sinnvoll.

Kinder haben – das haben wir in unserer Stellungnahme auch geschrieben – tatsächlich sehr schnell die Antenne dafür, wann eigentlich ihr letztes Kindergartenjahr beginnt. Deswegen ist es, wie ich bereits gesagt habe, wichtig, dass die Entscheidung, ob ein Kind in die Schule geht oder nicht, schon sehr frühzeitig getroffen wird – nicht nur, damit es nicht zu Überbelegungen kommt, sondern auch, damit das Kind schnell Klarheit hat: Wo stehe ich? Zu welcher Gruppe in der Kita gehöre ich? Bin ich bei denen, die schon Abschied nehmen? Oder bin ich noch ein ganz normales Regelkind in der Kita?

Vorschule würde nach Ihrer Ansicht ja für das Kind bedeuten, dass es zumindest schon einmal in die Schule geht – also in das Gebäude, sozusagen in die Grundschule light; man fängt mit einer Vorschule an. Auch das werden die Kinder erkennen und merken, dass es nicht das ist, was der Freund oder die Freundin in der 1. Klasse hat. Wir diskutieren sonst über Inklusion und wollen Kinder nicht in bestimmte Gruppierungen einsortieren. Das hier wäre ein Schritt genau dahin, also nach hinten. Wenn wir Inklusion wirklich im Großen denken, darf Vorschule meiner Meinung nach überhaupt kein Thema sein.

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich muss auch in das gleiche Horn tuten, was die Vorstellung von Vorschule angeht. Denn in diesem Alter ist der Spieltrieb noch ganz vorherrschend und ein großartiger Entwicklungsmotor. Es ist einfach schwierig, wenn man versucht, die Kinder schon ein System einzunorden, in das sie noch nicht hineinpassen. Dann müsste man Vorschule ähnlich wie Kindergarten gestalten und ganz viel spielerisch machen. Das wäre vielleicht möglich. Ich sehe dann aber auch das Problem, dass die Kinder tatsächlich eine starke soziale Bindung über den Kindergarten entwickeln, weil sie so lange dort sind. Der dreimalige Gruppenwechsel – in den Kindergarten, in die Vorschulklasse und dann wieder in einen neuen sozialen Zusammenhang – macht es dann schwer.

Ein Kind, das ein richtig sattes Schulkind ist, macht den Lehrern die geringste Arbeit und hat am wenigsten zusätzlichen Förderbedarf. Das erlebe ich immer wieder. Ich verordne wegen Wahrnehmungsverarbeitungsstörungen inzwischen ganz viel sensorisch-perzeptive Therapie beim Ergotherapeuten für Kinder der 1., 2. und 3. Klasse, wo ich einfach denke: Ein Jahr mehr Kindergarten, und wir könnten das alles viel leichter fördern. – Wenn die Kinder dort mit Wahrnehmen rein durch Spielen und mit Machen intensiver Körpererfahrung satt geworden sind, können sie in der Schule auch still sitzen, wissen, wo oben und unten ist, und haben genug Sinneserfahrungen gesammelt, dass sie sich fokussieren können.

Die schieren ADHS-Wellen, die wir mittlerweile haben, sind artifiziell. Die Kinder haben kein echtes ADHS, sondern Wahrnehmungsverarbeitungsstörungen durch mangelnde Erfahrung. Und das kann eine Vorschulklasse nicht kompensieren.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Herzlichen Dank. – Bevor ich die dritte Runde eröffne, schaue ich auf die Uhr und stelle fest, dass wir noch 15 Minuten Zeit haben. Daher bitte ich um präzise Fragen und präzise Antworten.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Frau Dr. Michael, herzlichen Dank für den Hinweis zu ADHS. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ja auch sehr deutlich gemacht, wie die empirische Datenlage dazu aussieht.

Ich kann die Notwendigkeit von Planungsgrößen auf der kommunalen Ebene, den Aspekt der Platzzahlen sowie die Ausführungen zu Entwicklungssträngen für Schulen und für eine Bildungslandschaft sehr gut nachvollziehen. Aber das kann ja nicht der Grund dafür sein, Kinder gemäß den Bedarfen dahin oder dorthin zu schieben.

Meine Frage an Frau Dr. Michael und Frau Finnern zielt aber darauf, wie es denn im Augenblick in der Coronasituation aussieht, weil ganz viele schulärztliche Termine gar nicht stattfinden können. Was bedeutet das für die Lage? Wäre das nicht ein guter Ausgangspunkt, einfach einmal ein vereinfachtes Verfahren zu erproben, und zwar ganz ausdrücklich Kita, Eltern und Schule gemeinsam?

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Dafür wäre ich extrem dankbar. In der Schule, die ich betreue, führen wir unter sehr schwierigen Bedingungen durchaus Eingangsuntersuchungen durch.

Ich erlebe aber, dass die Kita-Kinder jetzt noch viel schwierigere Bedingungen haben, weil alle Aktionen, die sonst in einem Vorschuljahr laufen – Ausflüge, Besuche des Naturkundemuseums usw., also erstes Erproben, gerade im Umfeld, auch von schulartigen Veranstaltungen und zum Beispiel davon, wie man Ziele mit einem Bus oder einem Zug erreicht –, wegen Corona alle nicht stattfinden. Es wäre ein großartiger Punkt, vor diesem Hintergrund jetzt zu sagen: Das nächste Schuljahr sollten wir nutzen, um gerade den Kindern, die da Mühe haben, noch eine Extrarunde Zeit zu geben.

Schwer haben es auch die Kinder, die im Sommer unter Coronabedingungen in die Schule gekommen sind. Oft bedeutet das ja, dass man am Schultor Abschied nehmen muss. Ich habe über meine Sprechstunde im Krankenhaus leider eine ganze Reihe von Kindern scheitern gesehen. Sie haben den Weg in die Schule einfach nicht geschafft, weil sie nicht an die Hand genommen werden konnten, wie man das sonst macht, und zur Begrüßung dann maskierte Erwachsene erlebt haben. Die Kinder wurden zum Teil auch an Seilen und an Stöcken geführt, um Abstand zu halten. Das war eine furchtbare Situation.

Deshalb danke ich sehr für diese Idee. Man sollte sie jetzt unbedingt umsetzen, um die Kinder vor der ohnehin sehr schweren Situation zu schützen.

**Maika Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Nach unseren Erfahrungen ist die Situation im Moment besonders schwierig, wenn es darum geht, zu entscheiden, ob ein Kind zurückgestellt wird oder nicht. Denn natürlich ist genau das, was Sie gerade geschildert haben, das große Problem. Die Gesundheitsämter sind überlastet. Selbst wenn ich mich in den Prozess begeben will, weil ich

möchte, dass mein Kind zurückgestellt wird, stehe ich vor der Frage: Kann ich denn jetzt überhaupt an das derzeit mit zahlreichen anderen Dingen beschäftigte Gesundheitsamt herantreten? – Da laufen im Moment ja ganz viele Nebenprozesse ab, die diesen Prozess, der ohnehin schon schwierig ist, noch einmal erschweren. Insofern kann ich mir gut vorstellen, dass jetzt eine Gelegenheit wäre, vereinfachte Verfahren auszuprobieren.

**Claudia Schlottmann (CDU):** Darüber, dass es in dieser Coronazeit sowohl für die Kinder in den Kitas als auch für die Kinder in den Schulen extrem schwierig ist, brauchen wir nicht zu diskutieren, glaube ich; das ist jedem von uns in diesem Raum klar. Insofern würde ich gerne den Blick auf die Zeit nach Corona richten. Schließlich geht es uns darum, zu überlegen, wie wir den Kindern einen möglichst guten Einstieg geben können. Ich habe jetzt mitgenommen, dass wir früher und umfassender in den Kitas anfangen müssen. Meine Frage an Frau Finnern, Frau van Heemskerck und Herrn Seemann lautet: Im Moment findet die sogenannte Schuleingangsuntersuchung ungefähr ein halbes Jahr oder ein Dreivierteljahr vor Schulbeginn statt. Würde es aus Ihrer Sicht Sinn ergeben, keine Schuleingangsuntersuchung durchzuführen, sondern ein Kind zum Beispiel im vierten Lebensjahr zu untersuchen, um festzustellen, welche Schulförderbedarfe oder welche Bedarfe generell dieses Kind hat?

**Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Ich gebe einmal an Frau Tjardes weiter.

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):** Hui. Das ist eine schwierige Frage. Ich gebe zunächst einmal weiter. Darüber muss ich erst nachdenken.

**Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Ich muss nur noch einmal nachhaken. Sie meinen, dass eine solche Untersuchung als Ersatz für die Schuleingangsuntersuchung stattfinden soll?

(Claudia Schlottmann [CDU] nickt.)

– Okay; alles klar. – Spontan wäre meine erste Idee: Es hätte sicherlich Sinn, frühzeitig auf die Entwicklungsstände der Kinder zu schauen, um vielleicht mehr Chancen zu haben, das System noch besser auszubauen, was Förderbedarfe, Therapien und Frühförderung betrifft. Ich habe in meiner Laufbahn als Erzieherin immer erleben dürfen, dass sich dann, wenn es Regelungen gibt, die gesetzlich festgelegt sind oder noch einmal eine besondere Unterstützung aus Richtung der Politik bekommen, manche Dinge noch einmal etwas schneller entwickeln. Auf die von Herrn Seemann und mir heute schon erwähnten langen Wartezeiten in Sachen „Diagnostik“ machen wir seit zehn Jahren aufmerksam. Trotzdem ändert sich daran nichts. Vielleicht käme man hier auch voran, wenn die von Ihnen vorgeschlagene Untersuchung eingeführt würde.

Dass sie die Schuleingangsuntersuchung ersetzt, kann ich mir eher nicht vorstellen, weil Kinder in diesem Alter innerhalb eines Jahres ganz große Entwicklungsschritte

machen. Deshalb glaube ich, dass man bei einem Kind von vier Jahren noch nicht abschätzen kann, ob es in zwei Jahren schulfähig oder schulreif sein wird. Für einen Ersatz würde ich eine solche Untersuchung also nicht halten.

Ich sehe eher die Problematik, dass die Schuleingangsuntersuchung häufig am Anfang des Jahres startet und die Letzten im Mai oder Juni untersucht werden, sodass im schlimmsten Fall dann erst sehr spät von der letzten Instanz festgestellt werden kann: Ja, stimmt; das Kind muss zurückgestellt werden. – Man könnte tatsächlich überlegen, die Schuleingangsuntersuchung einige Monate vorzuziehen, damit nicht die Letzten erst kurz vor dem Einschulungsdatum oder dem Abschied aus der Kita das abschließende Gutachten bekommen.

**Astrid Tjardes (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen):**

Ich würde hier gerne auf einen konkreten Punkt abstellen, und zwar auf die Sprachdiagnostik, die auch derzeit unbedingt durchgeführt werden soll, obwohl von Gewerkschaften und Verbänden darum gebeten wurde, darüber nachzudenken, ob man sie nicht diesmal zurückstellen kann. Denn die Durchführung dieser Untersuchungen ist schwierig. Schließlich müssen alle Seiten geschützt werden: die Kinder, die Eltern und die Lehrkräfte. Zwar wird gesagt, man könne ja nicht nur Abstand halten, sondern auch eine Maske tragen und eine Plexiglasscheibe dazwischensetzen. Das halte ich aber für völlig unrealistisch. Denn gerade bei einer Sprachdiagnostik muss ich als derjenige, der mit dem Kind redet, gut zu verstehen sein. Mit einer Maske bin ich – das weiß jeder – sowieso schwer zu verstehen. Insofern halte ich das für ganz schwierig. Es ist schade, dass man da nicht ein bisschen mehr Flexibilität zeigt und auf die Sprachdiagnostik im Moment tatsächlich verzichtet, weil die Coronabedingungen die Ergebnisse einfach verfälschen – einmal davon abgesehen, dass es in einigen Städten um sehr viele Kinder geht, sodass auch gefragt wird: Wann soll man das zeitlich überhaupt machen?

**Albert Seemann:** Ich bin da auch ein bisschen zweigeteilt. Manchmal hilft es mir als Erzieher bei der Argumentation gegenüber den Eltern, wenn ich noch einen Untersuchungsbefund habe, in dem steht, dass man hier noch einmal genauer hinschauen sollte. Das für mich als Erzieher größere Problem ist aber die Uhrzeit, zu der diese Untersuchungen stattfinden. Denn wenn sie nachmittags stattfinden, sind die Kinder platt. Sie müssen in diesen 20 bis 30 Minuten aber funktionieren. Denn wenn das nicht klappt und der Arzt „kann er nicht, kann er nicht, kann er nicht“ oder „kann sie nicht, kann sie nicht, kann sie nicht“ aufschreibt, haben diese Kinder oft ein Stigma.

Wir sprechen heute viel davon, dass Kita und Schule sehr individuell sein müssen. Dann muss auch diese Untersuchung in irgendeiner Form der Individualität der Kinder Rechnung tragen. Von Eltern, die dann doch sehr stark verunsichert sind, bekomme ich oft die Rückmeldung „Er hatte da keine Lust, das zu machen“ oder „Zu Hause macht sie das immer, aber da wollte sie das nicht“.

Das ist auch ein Raum, in dem das Kind das erste Mal richtig funktionieren muss und sich bewähren muss, obwohl es eigentlich gar nicht weiß, wie viel denn von dieser halben Stunde abhängt. Insofern sollte man noch einmal neu darüber nachdenken und schauen, wie man das vielleicht auch ein bisschen kindgerechter gestalten kann.

Wenn eine Untersuchung im Alter von vier Jahren durchgeführt wird und dabei klar wird, dass gravierender Förderbedarf besteht, muss entsprechend gehandelt werden. Diese Fälle gibt es natürlich auch.

Aber im Großen und Ganzen ist es nach meiner Erfahrung so, wie die Kolleginnen bereits gesagt haben. Ich habe Fälle, die im Januar schon durch waren – alles safe – und in denen es dann zwei Monate vor Kita-Schluss plötzlich heißt: Nein, das Kind geht doch nicht in die Schule. – Und dann? Dann sind die neuen Verträge unterschrieben. Die Plätze sind also nachbesetzt. Was mache ich jetzt? Ich muss das Kind auch auffangen und habe dann nur noch wenige Wochen Zeit, dem Kind klarzumachen: Zwar haben wir vielleicht sogar schon angefangen, deine Schultüte zu basteln; aber du bleibst jetzt noch ein Jahr hier. – Das ist eine Aufgabe, die echt schwierig ist.

Wahrscheinlich ist es auch sehr schwierig, wenn man nur einen einzigen Termin vorsieht. Denn das löst am Ende die gleiche Debatte aus, wie wir sie jetzt in Bezug auf den Einschulungstichtag führen. Dann hat man einen Punkt, an dem das Kind funktionieren muss, und das klappt oft leider nicht. Daher sage ich: als Ergänzung ja, aber als Ersatz nein.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Das ist ein hervorragender Punkt, an den ich gut anschließen kann. Ich würde gerne Frau Dr. Michael und noch einmal Herrn Seemann befragen. Heute habe ich schon verschiedenste Fragen nach den unterschiedlichen Systemen gestellt. Wir haben festgestellt, dass wir wahrscheinlich an allen Schrauben drehen müssten. Die letzte Schraube, bei der ich Hoffnung habe, dass sie uns möglicherweise helfen könnte, ist – auf diese Idee bin ich gekommen, als nach der jetzigen Schuleingangsuntersuchung gefragt worden ist –: Könnte man denn, damit wir nicht in die großen Schwankungsbereiche bezüglich der Zahl der erforderlichen Plätze kommen, das Diagnosesystem ein großes Stück erweitern? Könnte dort vielleicht auch mehr Familienberatung stattfinden? Könnte das anhängend an Familienzentren und an Netzwerken, in denen verschiedene Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, erfolgen? Dann könnte man doch den Eltern sehr viel genauer das Richtige empfehlen – und vor allen Dingen auch den Eltern, die Schwierigkeiten bei der Entscheidung haben oder vielleicht aufgrund von Schamgefühlen gar nicht diese Frage stellen, sondern sagen: Alle Kinder kommen in diesem Alter in die Schule; mein Kind ist genauso weit wie andere auch; deshalb geht es jetzt zur Schule. – Summa summarum: Wäre es eine Stellschraube, dass wir den Diagnosebereich verfeinern und verbreitern, um dieser Frage näherzukommen?

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Das ist eine tolle Frage. Ich bin als Kinderärztin nicht in Kindergarten- und Schulfragen ausgebildet. Nur aus Interesse habe ich mich auf eigene Initiative über Vorsorgeuntersuchungen hinaus in diesen Bereich hinein ausgebildet. Ich halte das für einen grandiosen Berufszweig, den ich bisher nur aus den Waldorf-Zusammenhängen kenne. Wenn es Kindergarten- und Schulärzte gibt, die Kinder von klein auf in dem Kontext, in dem sie sind, beobachten und untersuchen, spart das viel Mühe.



In der artifiziellen Situation in meiner Sprechstunde kriege ich nichts heraus. Wenn ich mich für eine Stunde in eine Klasse setze, habe ich 20, 30 oder 40 Kinder im Blick und den Sprachstand usw. mühelos beobachtet. Das Kind wird dann nicht vorgeführt und muss funktionieren, sondern ist in seinem natürlichen Umfeld. Ich erfasse sehr schnell und sehr effektiv viele Faktoren zugleich. Seit ich solche Besuche im Kindergarten und in der Schule mache, habe ich unglaublich viel gelernt. Und die Erzieherinnen und die Lehrer freuen sich enorm. Ich habe auch eine Elternsprechstunde. Sie bekommen die Beratung, was das Kind braucht. Das erleichtert allen die Situation enorm.

Ich halte das also für eine Erweiterung meines Berufszweiges, die generalisiert für alle Schulen und für alle Kitas erfolgen sollte.

**Albert Seemann:** Eine Vernetzung findet jetzt schon statt. Ich kann hier nur von meinem Veedel in Köln berichten. Da sind wir gut mit den Grundschulen vernetzt. Dass das gut klappt, hängt aber auch damit zusammen ... Gut; ich lasse jetzt Corona außen vor. Jedenfalls ist es nicht jedes Jahr gleich, wie viele Kinder auf die eine oder auf die andere Schule gehen. Je weniger Kinder das sind, desto schwieriger ist es, im pädagogischen Alltag von Schule und Kita noch Berührungspunkte zu finden. Da sind wir aber eigentlich auf einem guten Weg. Auch in der Erzieherausbildung – ich habe die praxisintegrierte Ausbildung gemacht, die es in NRW ja noch nicht so lange gibt – geht es immer mehr in Richtung „Vernetzung“. Das ist auf jeden Fall ein Schwerpunkt, der da ist und immer weiter ausgebaut wird.

Schwierig ist auch, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Da haben viele Kollegen manchmal noch Hemmungen. Für solche Dinge muss man die Erzieher und die Lehrer aber fit machen. Denn es ist kein Makel, wenn mein Kind irgendeinen Förderbedarf hat. Ich habe Kinder bei mir, bei denen man am Anfang dachte, das könne nichts werden. Wenn ich mir diese Kinder heute angucke und nichts sage ... Man merkt keinen Unterschied. Das geht.

Zum Glück sind immer mehr Eltern auch so unterwegs, dass sie sich wirklich anhören, was wir zu sagen haben, und das ernst nehmen. Die Eltern sind auch motiviert. Kein Elternteil schließt das von vornherein aus und sagt: Was die erzählen, ist doch eh Schwachsinn. – Nein. Ich merke, dass die Eltern das wahrnehmen und es auch umsetzen.

Bei manchen Eltern spielt noch etwas anderes eine Rolle. Das ist das Problem der Vernetzung mit Dr. Google. Sie packen ihr Smartphone aus, finden irgendetwas heraus und haben auf einmal ein Problem. Man muss noch gezielter darauf hinweisen und sagen: Leute, wenn ihr ein Problem wahrnehmt, fragt bei denen nach, die euer Kind acht Stunden am Tag um sich haben. Fragt sie: Wie ist eure Wahrnehmung? Ist sie deckungsgleich? Was muss ich da machen? – Ich sage immer: Fragen, fragen, fragen; fragen Sie mich ruhig Sachen zehnmal. – Manche Eltern tun das bei mir auch, aber leider noch nicht alle. Wenn ich irgendwann alle so weit habe, bin ich glücklich.

Aber die Vernetzung findet auf jeden Fall schon statt.

**Helmut Seifen (AfD):** Frau van Heemskerk, Herr Seemann und Frau Dr. Michael, Sie haben ja Erfahrung mit Kindern, die in der sogenannten Schulgruppe waren, aber dann zurückgestellt worden sind. Welche Wahrnehmungen machen Sie bei diesen Kindern, wenn sie dann nicht in die Schule gehen, sondern in Ihrer Kita bleiben?

**Sandra van Heemskerk (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen):** Erst einmal große Enttäuschung – logischerweise. Wenn sie das Gefühl hatten, schon dazuzugehören, und auch schon an bestimmten Projekten – Frau Dr. Michael hat sie eben genannt – teilgenommen haben, dann aber mitgeteilt bekommen: „Du bist noch nicht so weit; du wirst noch ein Jahr in der Kita bleiben“, sind sie sehr enttäuscht. Es stellt für die Erzieherinnen und Erzieher in der Kita eine große Herausforderung dar, die Kinder dann dahin zu begleiten, sich wieder in die andere Gruppe der Kinder zu integrieren, die sich dann auch schon darauf freuen, bald in die Schule zu kommen, und übrigens ganz unterschiedlich genannt werden; manchmal sind es die angehenden Schulkinder, die Schnüffelnasen oder die Vorschulkinder. Das bedeutet also einen enormen emotionalen Ballast für die Kinder.

**Albert Seemann:** Ich stimme meiner Vorrednerin zu. Der Junge, von dem ich gerade berichtet habe, langweilt sich jetzt zu Tode. Da kann man leider auch nicht viel machen. Bei allen anderen Kindern ist es nach meiner Wahrnehmung in der Regel eine Scheiternserfahrung. Dann fängt man die Kinder auf und motiviert sie, indem man sagt: Jetzt kommen wir aber einmal an den Punkt, dass es dann in dem anhängten Jahr auf jeden Fall klappt. – Das motiviert auch viele Kinder. Denn sie sind meistens die Ältesten und haben die meiste Erfahrung, gerade im Vorschulbereich. Oft sagen diese Kinder dann: „Guck mal, ich habe das schon mal gemacht“, und nehmen die neuen Vorschulkinder an die Hand. Das kann für viele Kinder also auch eine Chance sein, noch einmal über sich selbst hinauszuwachsen.

**Dr. Karin Michael (Netzwerk gegen Früheinschulung):** Ich habe nur gute Erfahrungen gemacht. Das liegt aber daran, dass zu meiner Sprechstunde bevorzugt Eltern mit hohem Bildungsstand kommen. Diese Eltern leiten das Ganze früh genug ein. Das heißt, dass sie diese Katastrophe vermeiden. Sie sagen ihren September-Kindern schon: Zwar gehst du jetzt in diese Gruppe; aber du wirst auf jeden Fall zwei Jahre dortbleiben. – Dann ist es immer gut, und die Kinder profitieren enorm.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren Sachverständigen, die uns heute eine Menge mit auf den Weg gegeben haben.

Der Sitzungsdokumentarische Dienst hat freundlicherweise zugesagt, das Protokoll rechtzeitig vor der für den 10. März 2021 geplanten Auswertung und Abstimmung im Schulausschuss vorzulegen, sodass wir bis dahin Zeit haben, uns noch einmal mit dem Inhalt, den Sie uns heute vermittelt haben, auseinanderzusetzen.

Ich darf mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen sehr dafür bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind und der etwas ungemütlichen Situation hier im Plenarsaal

standgehalten haben, und Ihnen einen guten, sicheren Heimweg wünschen – selbstverständlich alles mit der Überschrift: Bleiben Sie gesund!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir organisieren einmal ganz kurz um und setzen die Sitzung dann pünktlich mit dem nächsten Punkt fort. – Vielen Dank.

(Kurze Unterbrechung)

## 2 **Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/10526

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage 2*)

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Anhörung und darf erklärend hinzufügen, dass wir uns derzeit, der Pandemie geschuldet, in Fraktionsstärke treffen. Deswegen sehen Sie hier nur wenige Abgeordnete. Die anderen haben aber die Möglichkeit, uns von zu Hause oder aus dem Büro am Stream zu folgen.

Wir haben vereinbart, auf Eingangsstatements zu verzichten und direkt in die erste Fragerunde einzusteigen. Frau Voigt-Küppers beginnt.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Ich will auch nicht viel Zeit vergeuden, aber dennoch zu Beginn den teilnehmenden Experten unseren Dank aussprechen. Vielen Dank für Ihre heutige Anwesenheit. Wir haben bei unserem Tagesordnungspunkt 1 schon festgestellt, dass das lebendige Sprechen miteinander doch häufig sehr viel gewinnbringender ist als ein Austausch über andere Wege, sei es in schriftlicher Art und Weise oder in der jetzt vermehrt gebrauchten digitalen Form. Deshalb freuen wir uns sehr, dass diese Anhörung trotz allem heute so stattfinden kann. Vielen Dank auch für Ihre Stellungnahmen. Wir haben sie alle mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Als Allererstes möchte ich die Schüler\*innen oder die Schülerin und den Schüler fragen, ob sie aus ihrer Sichtweise zu unserem Antrag vielleicht noch Eckpunkte hinzufügen wollen, die wir möglicherweise übersehen haben, ob sie spezielle Bedürfnisse haben und wie wir den Prozess für mehr Demokratie nach ihrer Einschätzung beschleunigen können.

**Timon Nikolaou (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass wir heute die Möglichkeit haben, die Schülerinnen und Schüler hier zu vertreten. – Wir begrüßen auf jeden Fall, dass im Antrag festgestellt wird, dass es mit Demokratie in Schule noch ein Problem gibt und dass man noch an ganz vielen Dingen feilen muss. Um nicht unsere gesamte schriftliche Stellungnahme zu wiederholen, will ich vorab nur Folgendes sagen:

Wir sehen vor allem, dass Schülerinnen und Schüler nur wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Das ist bei Eltern auch der Fall. Unseres Erachtens ist eine demokratische Schule aber vor allem eine Schule, die von denjenigen gestaltet wird, die in ihr Demokratie lernen sollen, die die Mehrheit der in ihr Vertretenen ausmachen und die in diesem Lebensraum auch einen großen Teil ihres Lebens verbringen.

Uns ist ganz wichtig, dass Schülerinnen und Schüler in der Schulkonferenz mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten. Im Moment gibt es ja die Drittelparität, die auch im Antrag noch einmal erwähnt wird. Mit uns Schülerinnen und Schülern wird in der Schule oft nicht demokratisch umgegangen. Wenn eine Schulkonferenz ansteht, sind wir eine Kraft, an der man vorbei entscheiden kann. Das passiert auch häufig. Wir fordern, dass Schülerinnen und Schüler mindestens die Hälfte aller Stimmen in der Schulkonferenz bekommen – im Zweifelsfall entscheidet ja immer noch die Schulleitung –, damit wir als politische Kraft in der Schule auch als diese angesehen und ernst genommen werden und damit klar ist, dass man mit uns zusammenarbeiten muss, wenn man in der Schule Entscheidungen treffen will.

Denn das fehlt in der Schulpraxis an ganz vielen Stellen völlig. Es fängt – hier greife ich eine persönliche Erfahrung auf – damit an, dass man nicht die Themen mitgeteilt bekommt, über die man spricht, und dass man die Einladung zu spät erhält, sodass man im Endeffekt gar nicht die Möglichkeit hat, sich tatsächlich an dem Diskurs zu beteiligen und politisch in der Schule mitzubestimmen. Man sitzt nur dabei, weil man nun einmal Stimmen hat – wenn die Schüler\*innenvertretung in der Schule überhaupt die Möglichkeit bekommt, sich so zu entwickeln, dass sie in der Schulkonferenz auch alle Stimmen wahrnehmen kann.

Deswegen lautet unser Appell ganz zu Anfang: Schülerinnen und Schüler werden in der Schule viel zu oft missachtet. Sie werden auf Bezirksebene und teilweise auch auf Landesebene viel zu häufig nicht wahrgenommen und nicht gefördert. Es braucht grundsätzlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sodass man sie als politische Gruppe in der Schule, die sogar die Mehrheit stellt, auch ernst nimmt.

**Sophie Halley (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Auch ich bedanke mich dafür, dass wir hier reden dürfen und unsere Position zu dem Antrag noch einmal klar machen können. – Ich möchte nicht das wiederholen, was Timon schon gesagt hat, sondern nur noch ergänzen, dass Privatschulen, also Schulen in privater Trägerschaft, eine ganz andere, schwierige Situation haben. Wenn aus einer Privatschule Fragen an uns gerichtet werden, wissen wir teilweise nicht: Welche Regelungen im SV-Erlass gelten dort? Gilt der SV-Erlass dort überhaupt? – Grundsätzlich finden wir uns da relativ gut zurecht und können eigentlich helfen. Aber Privatschulen sind ein luftleerer Raum. Sie existieren; aber generelle Regelungen in Sachen „Demokratie“ gibt es dort nicht.

Die Privatschulen müssen auf jeden Fall noch hinzugefügt werden, damit sie zum Beispiel auch die Verpflichtung haben, eine Schulkonferenz so abzuhalten, wie das viele andere Schulen auch können, auch wenn es dann nicht unbedingt so umgesetzt wird. Aber die Privatschulen müssen mit betrachtet und mit einbezogen werden. Das Ganze muss auch verständlich gemacht werden. Wir haben kürzlich wieder eine Anfrage an das Ministerium für Schule und Bildung gestellt, weil eine Privatschule uns gebeten hat, zu erklären, ob sie aktuell SV-Sitzungen abhalten dürfe. Wir haben gesagt: An sich darf das jede Schule. Aber bei Privatschulen sind wir nicht ganz sicher. Wir fragen sicherheitshalber noch einmal nach, bevor wir etwas Falsches weitergeben. – Das

wäre wesentlich einfacher, wenn man Privatschulen oder Schulen in privater Trägerschaft genauso betrachten würde wie die Schulen in öffentlicher Trägerschaft.

**Claudia Schlottmann (CDU):** Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für Ihr Kommen heute trotz der relativ schwierigen Situation hier. Ich sehe auch immer nur bedingt, wer spricht bzw. wen ich jetzt ansprechen kann. – Meine erste Frage lautet: Welche Auswirkungen hat nach Ihrer Meinung die Einführung eines einheitlichen Wahlsystems für Eltern?

Darf ich direkt noch eine zweite Frage anschließen, Frau Vorsitzende?

(Die Vorsitzende nickt.)

– Nachdem ich das vorhin nicht durfte, habe ich einmal vorsichtig nachgefragt. – Wie sehen Sie eine verstärkte Beteiligung der Elternvertreter auf kommunaler Ebene? – Meine Fragen richten sich zum einen an Frau Staar und zum anderen an Herrn Beckmann und Frau Löchner.

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Frau Schlottmann, Ihre Frage zum einheitlichen Wahlsystem beziehe ich jetzt einmal nicht auf „schulintern“ – dort ist es ja geregelt –, sondern auf „darüber hinaus“. Da möchte ich mich erst einmal allein auf den Bereich der kommunalen Stärkung und der kommunalen Mitwirkung der Elternschaft vor Ort beschränken. Deshalb ist für uns auch ganz wichtig, dass wir alle Schulen tatsächlich erreichen können. Als Stadt- und Kreisschulpflegschaften bieten wir stetig eine Partizipation an, erleben aber, dass sie so gut wie nicht genutzt wird bzw. auch nicht bekannt ist. Wenn ich das Ganze vereinheitliche und sage: „Hier gibt es die darüber hinausgehende Beteiligungsstruktur und auch die Möglichkeit, sich kommunal mit einzubringen“, eröffne ich zumindest zwei Dinge. Zum einen bekommen die Eltern es auch verbindlich mitgeteilt. Es entsteht also eine Art Verpflichtung, dass Eltern tatsächlich Informationen bekommen. Durch diese Sicherstellung der Informationen – gerade wenn es sich um Wahlen handelt –, dass darüber hinaus etwas institutionalisiert wird, in dessen Rahmen Eltern sich über ihre eigene Schule hinaus beteiligen können, habe ich zumindest die Garantie, dass Eltern überhaupt erfahren, dass es diese Möglichkeit gibt. Denn wir erleben immer wieder – da könnte ich noch einmal an das anschließen, was Herr Nikolaou und Frau Halley gesagt haben –, dass die Informationen gar nicht gegeben werden. Da mache ich den Schulen manchmal auch überhaupt keinen Vorwurf. Es fängt ja mit der Erreichbarkeit der Schulen und der Schulpflegschaften an. Oft scheidet das schon an den Sekretariatsstellen, weil es dann gar nicht bis zu den gewählten Schulpflegschaftsvertretungen kommt. Das würde also schon helfen, weil wir dann sagen könnten: Hier besteht die Möglichkeit; hier schaffen wir ein Gremium, in dem sich die örtlichen Schulpflegschaften miteinander vernetzen können, um dann in den Austausch zu kommen.

Ihre zweite Frage bezog sich auf die kommunale Beteiligung. Auf diese Frage sind wir auch sehr ausführlich eingegangen. Wir fordern das seit mindestens zehn Jahren – jedenfalls habe ich es seitdem schriftlich dokumentiert – immer wieder ein, und zwar ebenfalls mit einer geregelten Form, weil es dort immer wieder ein Legitimationsproblem gibt. Dazu wird Ihnen Herr Beckmann gleich noch Näheres sagen. Eine Reihe von

Stadtschulpflegschaften – insgesamt jetzt etwas über 100 – sind aktiv und haben sich auch mit uns als sogenanntem Dachverband vernetzt. In dieser Vernetzung stellen wir fest, dass es den Schulpflegschaften und Stadtschulpflegschaften vor Ort nicht gleichermaßen gelingt, eine Beteiligungsstruktur auf kommunaler Ebene herzustellen. Diese Beteiligungsstruktur ist aber sehr wichtig, weil wir immer stärker merken – nicht nur durch die jetzige Krise, sondern generell –, dass vom Gesetzgeber und vom Ministerium zwar Vorgaben kommen, aber dass in Sachen „Schule“ viel, viel mehr in kommunale Hand gelegt wird. Das ist die OGS; das ist das Thema „Bildung und Teilhabe“; das ist die Lernmittelfreiheit, die es immer schon gab; das ist die Digitalisierung. Ganz viele Bereiche werden in kommunale Hand gelegt und in Kommunen gestaltet. Es ist ganz wichtig, dass dort sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrerinnen und Lehrer ein Beteiligungsrecht erhalten, aber insbesondere auch wir als Eltern, damit wir unser Erziehungs- und Bildungsrecht auch auf kommunaler Ebene begleiten können und dort eine Struktur vorfinden, die sich nicht jede Kreis- und Stadtschulpflegschaft erst erkämpfen muss. Wir müssen durch eine Institutionalisierung tatsächlich die Möglichkeit erhalten, dass wir uns dort zusammentun können, dass wir dort in den Austausch gehen können, dass wir dort wissen, was politisch für Schulen beschlossen werden soll, und dass wir dort vielleicht, wie man so schön sagt, das Salz in der Suppe sind oder, etwas positiver betrachtet, uns einbringen können. Das ist für uns der Kern, warum uns gerade diese Stärkung vor Ort wichtig ist – zumal sie mit einem weiteren Vorteil verbunden ist: Wenn wir dort mehr Beteiligung haben, können wir letztendlich auch die Eltern in den Schulen deutlich stärker unterstützen und dort dafür sorgen, dass Eltern viel besser informiert werden.

**Christian Beckmann (Landeselternkonferenz NRW):** Ich möchte nur etwas zu dem von Frau Staar schon angesprochenen Kontakt zu den Elternvertretungen in NRW sagen. Mit knapp über 100 Elternvertretungen bei uns in NRW stehen wir in Kontakt. Direkten Kontakt gibt es zu 65 von ihnen. Darüber hinaus sind es einzelne Schulpflegschaften, die Interesse haben, ein bisschen mehr zu machen, weil sie sehen, dass in ihrer Kommune irgendetwas im Argen ist, wo sie sich einbringen können und möchten.

Das gestaltet sich allerdings schwierig, weil es – anders als der Jugendamtselternbeirat – nicht von der Kommune gepusht wird, sodass der Informationsfluss irgendwo versiegt. Diese fehlende Unterstützung versuchen wir teilweise zu kompensieren. So haben wir bei der Gründung von Stadtschulpflegschaften in Oberhausen, Essen und Schloß Holte-Stukenbrock mitgewirkt. Wir haben Infoveranstaltungen in Herne durchgeführt. Im Kreis Unna haben wir Eltern schlaugemacht, wie sie sich vernetzen können, sollen oder müssen, um auf kommunaler Ebene etwas zu erreichen.

Zu nennen sind an dieser Stelle aber auch über 20 Stadtschulpflegschaften, die sich im Laufe der Jahre aufgelöst haben, und zwar aufgrund mangelnder Akzeptanz bei den Entscheidungen in Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene, was dann einfach dazu führt, dass der Elan der Eltern einschläft und die Stadtschulpflegschaft abstirbt.

Die Beteiligung in kommunalen Ausschüssen haben wir im Moment in 43 Kommunen in NRW. Ich habe die Schulpflegschaften in allen Kommunen mit mehr als 20.000

Einwohnern angeschrieben. Damit habe ich mir wirklich ein Fleißkärtchen verdient, glaube ich. Dabei ist herausgekommen, dass 43 Kommunen einen beratenden Sitz zulassen.

Genauso gibt es aber auch Kommunen, zum Beispiel Krefeld, die trotz Nachfrage keinen Sitz im Bildungsausschuss für die Eltern gestatten. Bei uns in Gütersloh war es so, dass die Schulleitungen auch keinen Sitz hatten. Sie sind erst mit der Gründung der Stadtschulpflegschaft dort mit hineingerutscht, weil es dann hieß, alle Legitimierten könnten mitwirken. Das MSB gibt Handreichungen heraus und bittet darum, das zuzulassen. Wir stehen im Austausch mit den kommunalen Spitzen. Wenn von der Politik aus Düsseldorf ein bisschen mehr gepusht wird und das Ganze verstetigt wird, können wir auch noch ein bisschen mehr machen. Aber es gibt auch Kommunen, die das einfach nicht zulassen. Aktuell steht in Kempen der Kreis Viersen denjenigen auf den Füßen, die die Rechtmäßigkeit einer Beteiligung infrage stellen.

Das ist der Grund, warum wir hier schon seit Wochen, Monaten und Jahren diskutieren, dass Eltern nicht gehört werden.

**Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):**  
Herzlichen Dank für die Einladung. Wir wurden eingeladen und – um ehrlich zu sein – fühlen uns auch ein bisschen verladen. Wir sitzen jetzt das dritte Mal hier und sagen eigentlich immer das Gleiche.

Ich kann mich nur meinen Vorrednern anschließen. Wir haben tollerweise in zahlreichen Orten mittlerweile Stadtelternschaften gegründet, aber die Institutionalisierung des Rechts steht immer noch aus. 20 % des gesamten Bildungs- bzw. Schuletats in einem Land werden von den Schulträgern verwandt, verarbeitet, wie auch immer. Da haben wir als Eltern kein Mitwirkungsrecht. Wenn ich mir dann den Art. 10 der Landesverfassung anschau, in dessen Abs. 2 wörtlich steht: „Die Erziehungsberechtigten wirken durch Elternvertretungen an der Gestaltung des Schulwesens mit“, muss ich sagen: Da ist ein Teil komplett ausgespart, und zwar gerade auch – was meine Vorrednerin jetzt nicht genannt hat, was ich aber ganz wesentlich finde – die Schulbedarfsplanung vor Ort. Das ist, muss ich ganz ehrlich sagen, schon seit langer Zeit wirklich nicht mehr zu akzeptieren.

Ich finde es toll, dass die SPD heute noch einmal eingeladen hat. Meines Erachtens ist es jetzt wirklich an der Zeit, daran ganz schnell endlich etwas zu ändern. Es ist schade, dass die Kommunen nicht auch hier sitzen. Ich hoffe, Sie tragen das weiter. Wie gesagt, halte ich diese Beschränkung der Elternmitwirkung für eine Beschränkung der Demokratie.

Im Detail brauchen wir eigentlich gar nichts mehr hinzuzufügen. Das ist Ihnen ja auch alles bewusst. Die Eltern sind teilweise weit weg. Die Eltern sind auch teilweise wirklich völlig frustriert, weil sie sagen: Es ändert sich am Wesen des Schulsystems sowieso nichts. Warum sollen wir uns denn überhaupt noch engagieren? – Es gibt einige Schulen, die gut funktionieren, was die Elternmitwirkung oder auch die Hinführung zur Elternmitwirkung betrifft, ja. Gleichzeitig gibt es aber auf Landesebene mittlerweile zwei Schularten, die gar keine Elternvertretung mehr haben. Das sind die Hauptschulen und



die Realschulen. Weil sie derart heruntergefahren worden sind und weil unser Schulsystem und die Schularten derart aufgesplittert worden sind, ist offensichtlich auch den Eltern der Mut abhandengekommen, und sie ergreifen keine Initiative mehr, weil eben auch keine Unterstützung da ist. Diese Ungleichgewichte, die in diesem Land bei der Elternvertretung inzwischen entstanden sind, sind meines Erachtens so nicht mehr haltbar.

**Daniela Beihl (FDP):** Auch von der FDP-Fraktion herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute hier als Experten zur Verfügung stehen. – Meine erste Frage richtet sich an Frau Staar. Im SPD-Antrag steht unter anderem, Eltern mit Migrationshintergrund hätten häufig großen Unterstützungsbedarf im Bereich der Elternbeteiligung. Ein von der NRW-Koalition angedachter Ansatz ist ja, anknüpfend an die erfolgreiche Präventionsarbeit von Familienzentren in Kindertageseinrichtungen nun auch an der Förderung von Familiengrundschulzentren zu arbeiten. Schließlich ist unser Ziel, Eltern als kompetente Bildungspartner ihrer Kinder zu stärken und in gemeinsamer Verantwortung von Eltern und Schule den Grundschulkindern eine chancengerechte Bildungsbeteiligung zu ermöglichen. Wie bewerten Sie diesen Ansatz, um demokratische Strukturen in unseren Schulen zu unterstützen?

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Diesen Baustein haben wir ja auch bei den letzten beiden Elternkonferenzen hier im Landtag immer wieder genannt und gesagt, dass es ganz wichtig ist, unten deutlich mehr zu tun, um Eltern zu unterstützen. Insofern ist das mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern ja auch Elternfortbildungsmöglichkeiten ein und haben in diesem Zusammenhang unter anderem immer wieder auf die Mehrsprachigkeit hingewiesen. Das hängt natürlich auch wieder mit entsprechenden Informationen zusammen. Was für Elternmitwirkungsinformationen haben wir denn? Es gibt sie einmal in deutscher Sprache, und dann hört es auf. Wir haben also noch nicht einmal mehrsprachige Informationen – geschweige denn, dass wir Informationen hätten, die zum Beispiel Sprachbarrieren berücksichtigen würden. Solche Informationen sind überhaupt nicht vorhanden.

Alle diese Dinge kann man im großen Maße angehen. Insofern ist das, was Sie angesprochen haben, eine zusätzliche Plattform, um Eltern zu stärken. Es ist aber nicht ausreichend. Denn wir brauchen die Informationen sehr kleinteilig. Wir erleben ja, dass sich die Aufklärung der Eltern über ihre Rechte – was Schule manchmal ein Stück weit als Zumutung empfindet; man sagt auch gerne: über ihre Pflichten – nicht in einer halben Stunde in der Schulpflegschaftssitzung oder in einem zehnminütigen Elterngespräch während des Elternsprechtags erledigen lässt, sondern dass wir tatsächlich mehr an Angeboten brauchen.

Das ist gerade deshalb notwendig, weil wir ganz viele Eltern haben, die unser Schulsystem nie selber erlebt haben. Sie kennen also gar nicht unsere Strukturen und die banalsten, einfachsten Dinge, die man wissen muss, um sich in dem System zurechtzufinden und hinterher vielleicht auch die Bildungssysteme zu verstehen. Eltern haben oft ganz banale Fragen und wissen zum Beispiel überhaupt nicht, dass der Weg über eine Realschule und eine Gesamtschule auch zum Abitur führt. Sie stellen ganz viele

grundsätzliche Fragen. Das fängt bei den Krankmeldungen an und geht bis zu den bei Ihrem Tagesordnungspunkt 1 angesprochenen Förderbedarfen. Viele Eltern wissen das alles nicht.

Das kann ein Pädagoge nicht leisten. Deshalb brauchen wir Strukturen, die einerseits die Pädagogen entlasten und andererseits die Eltern stärken. Ja, dorthin ist das ein Weg. Er muss aber verstetigt werden. Das heißt: Das ist ja ein Angebot, das wir zusätzlich schaffen, und zwar über diese Form der Vernetzung und der Erreichbarkeit, aber auch der Eigenorganisation. Denn es gehört auch ein Stück weit dazu, dass wir den Menschen zutrauen müssen, ihre eigenen Interessen und ihre eigenen Vorstellungen mit einbringen zu können.

Das kann ich wiederum nur über demokratische Strukturen gewährleisten. Ich darf auch nicht exkludierend arbeiten, sondern muss inkludierend arbeiten. Ich kann also nicht extra auf den Bereich „Migration“ schauen und auch nicht extra auf den Bereich „Inklusion“ schauen, sondern muss alles als ein inklusives System so entwickeln, dass ich dort Angebote für alle schaffe, die zum einen individuell sind und zum anderen alle zusammenbringen, damit wir gemeinschaftlich schauen können: Wie gehen wir gemeinsam so voran, dass wir das Ziel der Förderung und der Stärkung der Schülerinnen und Schüler, aber auch des Systems erreichen? – Denn Sie haben in dieser Krise, glaube ich, alle verstanden, dass Schule systemrelevant ist und mehr als Bildung ist. Sie ist Betreuung; sie ist Förderung; sie ist der Ort der Familien; sie ist der Begegnungsraum der Familien vor Ort. Das müssen wir stärken und können wir auch nur gemeinsam stärken, wenn wir es tatsächlich in demokratische Strukturen wachsen lassen.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ganz herzlichen Dank fürs Hiersein und für die Expertise, die auch schon schriftlich vorgelegt worden ist. – Meine Frage richtet sich an die Landes-schüler\*innenvertretung und Frau Staar. In der Überschrift dieses löblichen Antrags, der dazu führt, dass wir dieses Thema jetzt wieder auf der Tagesordnung haben, steht „Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen“. Wir haben das Kommunalwahlrecht für 16-Jährige. Wir reden viel über die Verankerung der Elternvertretung auf der kommunalen Ebene. Würden Sie es befürworten, dass in dem gleichen Zuge auch die Schüler\*innenvertretung auf der kommunalen Ebene angebunden wird? Viele engagieren sich vielleicht im Stadtjugendrat. Aber das ist häufig ein Nebengremium, das keine Anbindung zu den Ratsgremien und der tatsächlichen Entscheidungsfindung hat. Diese Perspektive der Schüler\*innen fehlt ja vollkommen. Deswegen wüsste ich gerne, wie Sie das einschätzen und beurteilen.

**Sophie Halley (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Die Antwort ist ganz einfach. Ja, für Schüler\*innen, für SVen und für Bezirksschüler\*innenvertretungen muss die Möglichkeit bestehen, dass sie auf kommunaler Ebene mitwirken können. Eigentlich müsste das selbstverständlich sein.

Fragt man das Ministerium, warum wir beispielsweise in einzelnen Kommunen keinen Sitz im Schulausschuss bekommen, sagt das Ministerium: Ja, das ist möglich; aber das müssen alle selbst entscheiden. – Fragt man dann im Schulausschuss bei sich

vor Ort, heißt es: Nein, das dürft ihr gar nicht; denn ihr müsst ein bestimmtes Alter haben und sachkundiger Bürger sein. – Das bedeutet auch, dass man sich zwei Jahre darauf fixieren muss. Aber bei einer SV, die regelmäßig neu gewählt wird, funktioniert das einfach nicht. Da kann man nicht jemandem sagen, er sei jetzt für zwei Jahre dieses oder jenes.

Ich habe selbst über ein Jahr lang versucht, einen Sitz für uns im Kreisschulausschuss zu bekommen, und es nicht geschafft. Irgendwann habe ich dann aufgegeben, weil ich einfach keinen Bock mehr hatte, mich damit auseinanderzusetzen, die ganze Zeit hin und her verwiesen zu werden und mir anzuhören: Dafür sind wir nicht zuständig. – Dann hat man gefragt: Wer ist denn dafür zuständig? – XY. – Der hat mich ja an Sie verwiesen. – Ich kam mir ein bisschen vor wie in dem Asterix-und-Obelix-Film, in dem man die ganze Zeit hin und her geschickt wird und nirgendwo irgendwer weiß, wie es weitergeht.

Wir Schüler\*innen bekommen mit, wo Probleme bestehen. Wir wissen, wo es hakt und wie man es auch besser machen könnte. Wir sind vielleicht in manchen Lösungsfindungen etwas kreativ und abstrakt. Aber wir finden Lösungen für Probleme und können uns auf jeden Fall praktisch mit einbringen.

Dafür brauchen wir beispielsweise auch Entlastungsstunden für Bezirksverbindungslehrer\*innen, um die Schüler\*innen zu unterstützen. Auf der Schulebene gibt es ja schon die SV-Lehrer, die einen unterstützen, einem die im Rahmen der SV bestehenden Möglichkeiten aufzeigen und einen ein bisschen einführen, wenn man neu in der SV ist. Dasselbe brauchen wir für die BSV-Ebene, damit dort direkt vernünftige, zweckorientierte Arbeit geleistet werden kann und man sich nicht erst zwei Jahre hineinfinden muss. Und wenn man es dann verstanden hat, ist man oft gar keine Schüler\*in mehr.

Dementsprechend muss die Anbindung besser sein. Es muss eine Lehrkraft zur Verfügung stehen. Lehrkräfte sind ja in der Regel etwas länger für die SV zuständig. Die Lehrkräfte müssen vernünftig begleitet und unterstützt werden – durch Fortbildung, aber auch durch Entlastungsstunden, weil sie nebenbei noch Unterricht zu leisten haben. Die Unterrichtsverpflichtung muss dann ein wenig reduziert werden, damit sie gut helfen können und nicht sagen: Ich muss jetzt aber noch die Klassenarbeit und die Hausaufgaben kontrollieren.

Wir brauchen die Mitbestimmung. Die Schüler\*innen sind begeistert, wenn sie mitbestimmen können. In einigen Kreisen bekommen wir mit, dass diejenigen, die im Schulausschuss sitzen, sich auch noch in den Sportausschuss und in viele andere Ausschüsse setzen, um dort zuzuhören und im Zweifel Ideen aus diesen Ausschüssen dann in den Schulausschuss einzubringen.

Wir versuchen also, uns zu beteiligen. Aber wenn man uns die ganze Zeit nur im Publikum sitzen lässt und gar nicht reden lässt, kommen wir überhaupt nicht weiter. Denn sonst hört niemand auf uns.

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Frau Halley hat schon eindrücklich geschildert, worum es geht. Ein Kernproblem, das wir immer wieder erleben, sowohl

schulintern als auch darüber hinaus, scheint eine für mich nicht begründete Angst zu sein, dass wir als Partizipationspartner der Politik ihren Rang streitig machen wollten. Meines Erachtens muss man hier unterscheiden und deutlich sagen: Wir sind die Akteure vor Ort – und damit meine ich alle drei Mitwirkungsgruppen, also Lehrer\*innen, Schüler\*innen und Eltern –, die Schule im Prinzip gestalten und auch quasi in Schule leben.

Darüber hinaus glaube ich, dass es für jede politische Ebene ratsam ist – sei es in der Kommune, auf der Landesebene oder auch auf der Bundesebene –, sich beratende Experten dazuzuholen.

Das heißt: Wir wollen nicht die Entscheidungen treffen und letztendlich der Politik ihren Job abnehmen, sondern möchten uns beratend als Experten einbringen. Das kann man nur dann, wenn man gehört wird. Deshalb brauchen wir zumindest eine Legitimation oder einen Anspruch, dass wir uns beratend beteiligen dürfen. Als das muss das auch verstanden werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

In Dortmund gibt es seit mittlerweile 40 Jahren eine Stadtschulpflegschaft. In Dortmund haben die Schüler\*innen ganz selbstverständlich wie die Eltern beratende Sitze. Es besteht zwar ein Ungleichgewicht zu den Schulleitungen, weil jede Schulform separat vertreten ist und insgesamt sieben Schulleitungen dort sitzen, während sowohl die Schüler als auch wir jeweils zu zweit dort sitzen dürfen. Das ist allerdings nicht allzu tragisch. Natürlich hätten wir das gerne in ein entsprechendes Verhältnis gebracht, weil wir ja auch verschiedene Schulformen abbilden. Aber wir haben zumindest diese beratenden Sitze.

Darüber hinaus gibt es auch Bildungskommissionen, zum Beispiel in Gütersloh, bei denen auch die Schüler\*innen und die Eltern beteiligt werden.

Es gibt also verschiedene Städte, in denen man schon vor Jahren verstanden hat, dass das eine große Bereicherung ist, und diese große Bereicherung nutzt und diesen Austausch pflegt. Es wird sogar so weit wertgeschätzt, dass zum Beispiel die Stadt Düsseldorf diese Organisationsform jedes Jahr mit einem Budget von 2.000 Euro unterstützt und auch ein Büro zur Verfügung stellt. Ähnlich ist es in Bonn. Bei Bonn und Düsseldorf handelt es sich natürlich um reiche Kommunen.

Bei allen anderen Kommunen wird dann häufig gesagt – das haben wir in den Vorgesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden sehr schnell dingfest gemacht –: Und wie ist die Konnexität dahinter? Wer zahlt uns die Kosten, die bei diesem Ausschuss entstehen? – Das ist ja immer die große Angst. Es wird offensichtlich sofort mit Geld verbunden – oder mit einem Machtanspruch.

Das ist aber gar nicht unser Anliegen. Unser Anliegen ist doch, unser Bildungs- und Erziehungsrecht wahrnehmen zu können, uns einbringen zu können und Politik die Möglichkeit zu geben, sich direkt berichten zu lassen: Was passiert denn dort an der Basis? Was ist denn der große Wunsch der Schüler\*innen, der Eltern oder auch der Lehrer\*innen vor Ort? Welcher Änderungen bedarf es denn? Was haben wir denn möglicherweise nicht mitberücksichtigt?

Es geht darum, die Impulse, die man dort bekommt, aufzunehmen und dann in den politischen Diskurs einfließen zu lassen, anstatt immer erst kurz vor den Wahlen plötzlich wahrzunehmen: Oh, da gibt es Eltern und sogar Schüler\*innen, die eine Wahlstimme haben. – Prozessorientierung bedeutet für mich, dauerhaft Demokratie zu stärken, indem man prozessorientiert eine Teilhabe ermöglicht.

**Helmut Seifen (AfD):** Meine Frage geht an Frau Linge, Frau Löchner und Frau Staar. Wir haben hier verschiedene Situationen kennengelernt, also unwillige Schulleitungen und ignorante Beigeordnete. Es gibt aber natürlich auch andere Erfahrungen, nämlich die Schwierigkeit, Eltern zu finden, die das Amt übernehmen wollen. Das kann verschiedene Ursachen haben. Unter anderem kann es auch daran liegen, wie Frau Staar in ihrer Stellungnahme schreibt, dass die Eltern sich überfordert fühlen, weil sie sich neben ihrem normalen Lebensablauf auch noch in schulische Angelegenheiten einarbeiten müssen.

Deswegen frage ich Sie: Glauben Sie, dass Sie genügend Eltern finden, die bereit sind, nicht nur innerschulische Mitwirkungsarbeit zu leisten, sondern auch über die Schule hinaus in den kommunalen Bereich hinein mitzuwirken? Und haben Sie in dieser Richtung Erfahrungen?

**Elisabeth Linge (Stadtschulpflegschaft Köln):** Zunächst auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung. – Frau Löchner hat ja bereits beschrieben und auch in dem Statement der Landeselternschaft ziemlich klar formuliert, dass doch recht viele Eltern ein gewisses Maß an Frustration vor sich hertragen, weil die tatsächliche Mitbestimmung eben nicht gegeben ist. Auch bei den Schülern war das jetzt unüberhörbar.

Mein Anliegen ist natürlich, zu fragen – das wurde seitens der LEK auch schon recht ausführlich beschrieben und dokumentiert –: Wie gelingt es, Menschen anzusprechen, die sich mit dem System, das sie hier in Schule vorfinden, nicht identifizieren können, weil ihnen der Bildungshintergrund fehlt oder tatsächlich nicht die passende Sprache gesprochen wird, also soziokulturelle Differenzen vorliegen? Da ist Schule nicht niederschwellig genug gestaltet – und Elternmitbeteiligung sowieso nicht.

In diesem Fall fühle ich mich tatsächlich als Sprecherin der Förderschulen der Stadt Köln angesprochen. Ich erlebe jetzt seit elf Jahren, dass wir in kleiner Runde Menschen mit einem vergleichsweise hohen Bildungsgrad versammeln, während auf unseren Schulen, insbesondere den Förderschulen, weit über 50 % Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, die zwar in den Schulpflegschaften zuweilen schon repräsentiert werden, aber deren Eltern wir auf höherer Ebene nicht mehr wiederfinden. Und die Schülervvertretung bleibt ungehört. Dort findet tatsächlich eine Exklusion sondergleichen statt, die sich dann auch auf Ebene der Schulkonferenzen widerspiegelt. Das macht schon sehr nachdenklich.

Ich habe mir im Vorfeld überlegt, wie ich diese Problematik praktisch präsentieren könnte. Welche Möglichkeiten gibt es, Dinge niederschwellig zu gestalten? Frau Staar hat es schon benannt. Publikationen müssen natürlich auch in Leichter Sprache geschrieben werden. Selbst für studierte Alleinerziehende mit einem behinderten Kind wie mich ist ein Dokument in Leichter Sprache schnell mal gelesen, während ich mir

die fantastische Elternpublikation zum Thema „Elternmitwirkung“ bis dato noch nicht vollständig als Nachtlektüre vorgenommen habe, weil mir schlicht die Ressource Zeit fehlt. So geht es vielen Eltern.

Da gibt es etliche Faktoren, um Menschen zu exkludieren. Wir sind in Schule kein inklusives System. Entsprechend werden auch Schüler und Schülerinnen nicht systemisch abgeholt. Das heißt: Wir leisten uns als Gesellschaft ganz klar die Exklusion von 10 bis 20 % unserer Mitbürger. Im Rahmen der Förderschulen sind es sogar weit über 50 %, die nicht repräsentiert sind.

**Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):** Das ist eine ganz empfindliche Pflanze, bei der wir wirklich beginnen müssen, sie zu gießen und auch zu hegen und zu pflegen.

Meines Erachtens ist ganz wesentlich, was in der Schule passiert. Da ich, wie Sie wissen, für die Gymnasien zuständig bin, spreche ich jetzt von der 5. Klasse. Wenn die Schüler in die 5. Klasse kommen, sind ihre Eltern normalerweise aufgeregt, neugierig und bereit, mitzumachen, weil sie auch noch gar nicht wissen, wie das Ganze funktioniert. Sie wollen ihrem Kind helfen. In dieser Phase kann man Eltern tatsächlich abholen, wenn man als Schulleitung und als Lehrgemeinschaft, also insgesamt als Schulgemeinschaft, den Neuankömmlingen auch das Gefühl gibt: Ihr seid herzlich willkommen. Wir brauchen euch. Wir möchten, dass ihr mitmacht. Und wenn jemand sprachliche Probleme hat, haben wir auch schriftliche Möglichkeiten oder Tafelbilder und dergleichen mehr.

Ich kenne gute Beispiele aus Schulen, in denen das in den ersten Wochen stattfindet. Am Freitagnachmittag beginnen der Schulleiter und die dafür zuständigen Lehrer. Sie erzählen erst einmal, wie diese Schule funktioniert. Am Samstag laden dann die Elternvertreter noch einmal zu Kaffee und Kuchen ein und berichten, was denn vonseiten der Eltern getan wird. Genauso kann es das auch für Schüler geben.

Wenn wir so etwas nicht endlich grundsätzlich als Institution auf feste Füße stellen und uns auch einmal überlegen, ob nicht vielleicht in jeder Schule die Schulleitung einen Vertrag mit den Eltern schließen sollte, in dem festgehalten wird, was man sich vorstellt, wie die Regelungen aussehen und wer mitmachen kann, werden wir weiterhin eine Kultur nach dem Motto „Oh Gott, es wird ein Klassenpflegschaftsvertreter gewählt! Wer ist zuerst unter dem Tisch?“ haben.

Ich persönlich habe nachher auch festgestellt – über die Schulpflegschaft und über die Schulkonferenz –, dass man eigentlich nicht gewollt wird; vor allen Dingen, wenn irgendetwas Neues kommt. Doch, es mag sehr unterschiedlich sein. Ich will jetzt auch nicht in der Allgemeinheit reden. Aber mir geht es ja gerade darum, dass flächendeckend in allen Schulen eine Atmosphäre geschaffen wird, um diese Saat aufgehen zu lassen. Ich habe es erlebt – das entnehme ich auch jetzt als Vorsitzende immer wieder dem, was an uns herangetragen wird –, dass in Schulkonferenzen Tagesordnungen aufgerufen werden, die nicht abgesprochen sind. Vorher werden auch keine Papiere an die Eltern herausgegeben, sodass sie Nachfragen stellen könnten. Die Schüler bekommen meistens noch viel weniger mit. Die Lehrer haben sich aber abgesprochen.

Vor Ort werden dann ad hoc irgendwelche Entscheidungen getroffen. Dann ist das Ding einfach gerockt.

Natürlich ist Demokratie auch für Schulleitung anstrengend. Demokratie ist immer anstrengend. Wir sitzen jetzt auch hier und wenden dafür extra Zeit auf. Aber wenn wir sagen, dass wir in einem solchen System und in einer solchen Gesellschaft leben wollen, ist das notwendig – vor allen Dingen auch in Bezug auf die Schüler. Die Schüler fand ich in dem System „Schulkonferenz“ teilweise noch viel schlechter behandelt als uns. Da muss also ganz viel getan werden.

Erst dann hat man auch Bürger, die sehen: Was ich tue, ist wirksam. – Und dann kommt auch der Punkt, dass man sagt: Wir sehen Probleme in Bezug auf die Verteilung der Gelder in der Stadt. – Dann gehen die Schüler auch los und schauen einmal, wie das denn da funktioniert, und wir als Eltern ebenfalls.

Aber diese Unwissenheit der Eltern – das muss ich Ihnen aufgrund der sechsjährigen Erfahrung, die ich jetzt als Vorsitzende und im Vorstand habe, ganz ehrlich sagen – ist erschreckend. Selbst an Gymnasien wissen die Eltern überhaupt nicht, was da möglich wäre, wie man mitwirken könnte, wie die verschiedenen Gremien zusammenhängen und was auf Landesebene passiert. Und selbst wenn sie es wissen, sagen sie ganz häufig: Wir können ja eh nichts ändern; das läuft so wie immer.

Diese Situation finde ich wirklich frustrierend. Wir haben in diesem Land ganz viele Baustellen. Dass die Eltern – nach unserer langjährigen Erfahrung – so passiv in den Seilen hängen, müssen wir ändern. Da müssen wir wirklich in der Schule anfangen und sagen: Leute, ihr seid willkommen; wenn ihr gute Ideen habt, macht etwas. – Daran, dass die Lehrer für den Unterricht zuständig sind, wird keiner rütteln. Das haben wir nicht studiert und wissen wir nicht. Aber wenn es um die gesamte Schulorganisation geht und zusätzliche Möglichkeiten als Ideen eingebracht werden, sollte man die Leute doch kommen lassen.

Dann brauche ich natürlich auch Mitarbeiter in einer Schule, die so etwas verarbeiten können. Da kann ich nicht nur sagen, das müssten die Lehrer jetzt alles noch mit stemmen. Die Lehrer werden sofort sagen: Ja, das sind gute Ideen. Aber wer soll das denn machen?

Was Frau Staar gesagt hat, finde ich ein sehr gutes Bild. Das ist eine Familie. Das ist eine gesellschaftliche Zusammenkunft. Damit wachsen wir auf. Und wenn wir nicht den jungen Menschen und auch uns als Erwachsenen das Gefühl vermitteln: „Wir haben Einfluss“, dann vergeben wir etwas.

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Alles, was Frau Linge und Frau Löchner gesagt haben, kann ich unterstreichen. Aber um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen: Ja, diese Eltern gibt es. Wir haben jedes Jahr ganz viele Schulpreis-Schulen. An jeder Schulpreis-Schule, zu der ich eingeladen werde, funktioniert eines exzellent, nämlich die basisdemokratische Beteiligung der Schüler\*innen und der Eltern. Warum werden das denn Schulpreis-Schulen? Weil dort von Anfang an ganz viel Gewicht darauf gelegt wird, dass Bildung nicht ohne Eltern gelingt.

Eltern sind ein ganz wesentlicher Baustein, der wichtig ist, wenn wir unser System nicht irgendwann zum Kollabieren bringen wollen. Alles das, was mit Bildung und Erziehung gestärkt und gefördert werden muss, kann Schule nicht alleine leisten. Wir geben unsere Kinder doch nicht zur Adoption frei. Schule ist ein Teil von Bildung und Erziehung. Dann muss Schule auch den anderen Teil derjenigen, die sogar das zuvörderste Recht dafür haben, partnerschaftlich mitberücksichtigen.

Dort, wo das Schulen tun, erleben wir Musterbeispiele von Schulen, wie wir sie eigentlich alle gerne haben möchten. Der Unterschied ist nur, dass diese Schulen mit extrem viel Geld untermauert sind. Das heißt: Sie können sich das leisten. Sie haben das entsprechende Personal, das dort anfängt, wo Kinder es brauchen. Sie haben die Ausstattung dafür, dass sie das anbieten und ermöglichen können.

Wir stehen also auch dort wieder vor einem Konnexitätsproblem. Da müssen wir anfangen. Es hat, wie wir schon von Frau Halley gehört haben, etwas mit Entlastungsstunden zu tun; es hat etwas mit zusätzlichem Personal zu tun; es hat etwas mit Entlastung der Verwaltung zu tun. Das heißt: Auch da erleben wir wieder diesen Kreislauf.

Ich würde in diesem Zusammenhang gerne auch noch auf die Realität hier und jetzt eingehen. Wir befinden uns mitten in einer Krise und sollten inzwischen doch verstanden haben, wie elementar wichtig Eltern sind, wenn zum Beispiel Distanzunterricht gelingen soll. Wir müssen sie erst einmal überhaupt erreichen. Dann müssen wir ihnen verständlich machen: Was passiert denn da gerade? Welche Aufgabe übernimmst du denn an dieser Stelle? Eigentlich ist es sowieso deine Pflicht, das zu tun. Du weißt nur nicht, dass es deine Pflicht ist, und weißt auch nicht, wie du diese Dinge bei deinem Kind am besten stärken kannst. Dir fehlen also vielleicht die elementarsten Dinge, um dein Kind alleine zu Hause stützen zu können. – Daran wird doch ganz deutlich, dass wir dort mehr tun müssen. Zum einen müssen wir Eltern die Chance geben, zu verstehen, was in Schule passiert. Zum anderen müssen wir ihnen vermitteln, was ihr Part ist, wie sie ihr Kind stärken können und warum sie so wichtig für Schule sind.

Denn ohne diese Eltern wäre jetzt in der Pandemie alles zusammengebrochen. Eltern sind so systemrelevant, dass wir Schule nicht mehr ohne Eltern denken können. Wir brauchen die Eltern und müssen sie stärken.

Den ersten Schritt, den wir dafür gehen müssen, diskutieren wir seit Jahren: Schaffen Sie eine Erreichbarkeit. Jedes Elternteil muss erreichbar sein. Wir brauchen endlich eine Vernetzungsstruktur, sodass ich das, was ich vom Schulministerium netterweise bekomme, per Mausclick weiterleiten kann – zum Beispiel den lieben Brief von Frau Gebauer. Dreimal hat sie ihn nun schon geschrieben. Nicht einmal 10 % der Eltern werden ihn gelesen haben, weil wir diese Eltern nicht erreichen. Das ist nicht nur auf unserer Ebene der Fall, sondern auf der kommunalen Ebene ganz genauso. Wir stellen noch nicht einmal sicher, dass die Erreichbarkeit gewährleistet ist, weil gerade die Schulsekretariate immens überfordert sind und keine Zeit mehr haben.

Es sind aber Strukturen geschaffen worden und auch von Frau Gebauer schon vorgegeben worden. Es gibt nämlich Aufforderungen, so etwas einzurichten. Dann liegt es wieder an der Verflechtungsstruktur, dass Aufträge nicht ernst genommen werden, weil sie nicht in Gesetzesform gegossen sind. Insofern besteht eine große Ambivalenz,



ob eine Schule das macht oder nicht, ob sie die Ressourcen dafür hat oder es vielleicht auch gar nicht will; wie auch immer. Offensichtlich braucht man in Schule doch ganz viele Rädchen und muss das gesetzlich klar regeln. Offensichtlich ist also eine gesetzliche Verpflichtung notwendig, damit das Werkzeug „Eltern als Baustein und Schüler als Baustein zur Stärkung unserer gesellschaftlichen Demokratie“, das wir ja haben, in Schule viel mehr genutzt wird.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Vielen Dank. – Meine verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt die erste Runde abgearbeitet. Dafür haben wir eine Stunde gebraucht. Ab sofort müssen wir uns bemühen, etwas präziser durch unsere Themen zu kommen, weil ich sonst nicht mehr genügend Fragestellungen zulassen kann.

**Daniela Beihl (FDP):** Meine zweite Frage richtet sich an die Landesschüler\*innenvertretung. Das Thema „demokratische Bildung, Demokratie, demokratische Teilhabe“ ist ja ein sehr wichtiges Thema. Da sind wir uns hier auch alle einig, glaube ich. Allerdings gibt es in Schulen leider auch manche Schülerinnen und Schüler, die viele Dinge nicht mit so viel Interesse betrachten, wie Sie das tun. Mich würden Ihre Vorschläge interessieren, wie man diese Schülerinnen und Schüler vielleicht noch etwas stärker beteiligen und einbinden kann.

**Timon Nikolaou (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Wenn wir an Demokratie in Schule denken, müssen wir immer auf drei Ebenen schauen: auf die inhaltliche Ebene – gelehrte Demokratie –, auf den demokratischen Umgang – gelebte Demokratie – und auf die demokratische Struktur, die wir dafür brauchen. Wenn wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler sich vermehrt in SV-Strukturen beteiligen und auch vermehrt ihre Interessen wahrnehmen, muss man auf allen Ebenen anfangen. Wie im Antrag auch gefordert wird, muss man schon im Kindergarten und in den Grundschulen beginnen. Man muss in der Schule eine entsprechende Stimmung erzeugen und dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler durch die Schule auch vermittelt bekommen, dass ihre Meinung wichtig ist, dass sie ein Teil der Demokratie sind und dass sie als Mitglied dieser Demokratie auch die demokratische Pflicht gegenüber ihren Mitmenschen und vielleicht auch gegenüber sich selbst haben, an der Schule mitzuwirken.

Dieses Verständnis fehlt mir in der Schule ganz grundlegend, weil man immer über Köpfe von Schülerinnen und Schülern hinweg entscheidet, also viel Scheinmitbestimmung hat. So haben in den Fachkonferenzen, in denen es darum geht, mit welchem Lehrmaterial die Schülerinnen und Schüler lernen, die Schülerinnen und Schüler kein Stimmrecht. Lehrerinnen und Lehrer entscheiden alleine darüber, welche Lehrmaterialien für die Schülerinnen und Schüler genutzt werden. Schülerinnen und Schüler können zwar beratend mit zwei Stimmen an dieser Fachkonferenz teilnehmen. Aber oft bekommen sie vorher noch nicht einmal die Materialien, sodass man das noch nicht einmal absprechen kann.

**Sophie Halley (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Nur eine ganz kurze Ergänzung: durch Aufklärung und Information. Wenn man den Schüler\*innen sagt, was sie machen können, sind sie begeistert dabei.

Wenn sie nicht wissen, was sie überhaupt erreichen können, fragen sie sich: Warum? Wenn ich deswegen nur einmal in der Woche eine Freistunde in der Hausaufgabenstunde habe, also für mich daraus kein unmittelbarer Nutzen entsteht, frage ich mich: Warum sollte ich das tun?

Wenn man aber die Erfahrung macht: „Ich kann organisieren, dass ein zusätzlicher Wasserspender aufgestellt wird“, oder zum Beispiel feststellt: „Ich kann mich stärker beteiligen, was die Auswahl der Lehrbücher angeht“, ist man viel begeisterter dabei, weil man merkt, dass man etwas bewirken kann. Das heißt: Information und Aufklärung sind hier einfach das A und O.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Nachdem ich vorhin die Schülerinnen und Schüler angesprochen habe, möchte ich mich diesmal an die Elternverbände wenden. Diese Anhörung findet ja aufgrund unseres Antrages „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ statt. Im Teil III dieses Antrages haben wir schon eine Menge von dem gefordert, was Sie gerade als notwendig beschrieben haben, zum Beispiel die Verankerung der Elternmitwirkung in politischen Gremien auf Ebene der Schulträger, die Definition einer angemessenen Finanz- und Personalausstattung für die Elternvertretungen auf kommunaler und Landesebene und die Verankerung eines einheitlichen und rechtsverbindlichen Wahlsystems für die Elternvertretungen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen und gehe davon aus, dass Sie es zur Vorbereitung der Sitzung durchaus zur Kenntnis genommen haben. Würden Sie sagen, dass das das A und O des Gelingens ist? Oder was brauchen wir zusätzlich noch?

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Ja, aber wir haben auch ergänzt, was uns fehlt und was wir für zusätzlich erforderlich erhalten. Das ist ein Baustein. Wie wir schon in unserer Stellungnahme geschrieben haben, sind wir auch dabei. Wir waren im März dieses Jahres ja so weit, dass wir kurz davorstanden, das tatsächlich in ein Schulrechtsänderungsgesetz einzubringen. Diese Gespräche sind aufgrund der Coronapandemie dann bedauerlicherweise ein bisschen eingeschlafen. Nachdem es auch eine Übereinkunft mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit dem Ministerium gab, ist es jetzt leider nicht weitergegangen.

Das heißt: Alle diese Vorschläge lagen vor, und alle diese Dinge sind besprochen worden. Wir warten nur darauf, dass sie jetzt in einen Gesetzentwurf münden, um das zu stärken, was Sie dort noch einmal aufgezählt haben. Aber besprochen worden ist das mit allen. Gesagt worden ist dazu alles – mehrfach, glaube ich, immer wieder, auch in der Konstellation mit kommunalen Spitzenverbänden, Ministerium etc. Wir hoffen einfach, dass man jetzt nicht wieder von vorne anfängt, sondern dort ansetzt, wo das gestartet ist, und dann auch tatsächlich bereit ist, es in das nächste Schulrechtsänderungsgesetz einzubringen.

**Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):** Ich muss ehrlich sagen, dass ich mich jetzt an die Details nicht erinnern kann. Was wir mit dem Ministerium besprochen haben, betraf zum Beispiel den Ombudsmann. Ich weiß nicht, ob Sie ihn im Antrag auch noch einmal aufgeführt haben. Das ist ein Thema, das wir durchaus für sehr dringlich halten. – Weil Sie nicken, will ich gar nicht weiter darauf eingehen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Der Ombudsmann ist nicht im Antrag aufgeführt!)

Mein Punkt, den ich hier noch ergänzen möchte, baut im Grunde genommen auf dem auf, was auch die Schüler jetzt und schon immer zum Ausdruck gebracht haben. Wir möchten ernst genommen werden. Das zieht sich durch die gesamte politische Teilhabe von unten bis ganz oben. Wenn wir keine ordentlichen Begründungen bekommen, warum – egal ob bei der Gesetzgebung, bei Verordnungen oder bei Erlassen – gegen unsere Argumente entschieden worden ist, empfinden wir das wirklich als Nichtbeachtung. Und das schmerzt auf die Dauer sehr und frustriert so, dass man dann auch irgendwann einmal sagt: So, Leute, das war es; ihr könnt das jetzt alleine machen.

Zwar war es vielleicht immer nicht gut. Aber ich empfinde das als eine Entwicklung. Mir fehlen gute Argumente für bestimmte Entscheidungen. Und das braucht man in einer Demokratie. Das ist das Mühsame daran. Daran kann man aber auch seine eigenen Argumente schärfen, wenn man irgendwann merkt, dass es doch nicht reicht, um andere zu überzeugen. Das Ergebnis wird dann besser. Wenn man nur mit einem halben Ohr zuhört, weil man sagt: „Wir führen zwar irgendwelche Veranstaltungen durch, beispielsweise eine Elternanhörung im Ministerium, haben das aber schon vorher festgelegt“, und dann so entscheidet, wie es schon vorher im kleinen Kämmerchen festgelegt worden ist, kann man sich das auch sparen.

Wenn sich ein solcher Eindruck irgendwann einmal durchsetzt, sind nachher auch die Elternvertretungen weg. Das ist meines Erachtens eine riesengroße Gefahr in einer Demokratie. Insofern möchte ich Sie alle zum Ende meiner Amtszeit wirklich bitten: Seien Sie da sehr viel sensibler, sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Vielen Dank für das leidenschaftliche Plädoyer, Frau Löchner. Sie haben das Stichwort „ernst genommen werden“ hier schon genannt. Daraus speist sich dann auch demokratische Entwicklung, glaube ich. – Meine Frage ist eigentlich ganz einfach. Sie sind ja schon, wie man in Ostwestfalen sagt, mit Brass hierhin gekommen, weil das, was in diesem Antrag steht und was wir bei den Elternkonferenzen diskutiert haben, bereits einen längeren Vorlauf hat. Deswegen frage ich Sie, Frau Löchner, aber auch Frau Star und Frau Halley: Was erwarten Sie von diesem Haus, was in absehbarer Zeit passiert und über einen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau hinausgeht?

**Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):** Frau Beer, wir haben bereits diverse Papiere in Absprache miteinander erstellt. Manchmal ist es auch schwierig, wie Sie wissen – ich sage hier nur: viele Verbände, viele Stimmen –,

da einen Konsens zu finden und das an Sie heranzutragen. Wir haben das ja schon formuliert. Beispielsweise ist uns extrem wichtig, dass, wie wir bereits gesagt haben, bei den Stadtschulpflegschaften eine Institutionalisierung stattfindet. Da passiert mittlerweile ganz viel. Wir leben heute in einer anderen Gesellschaft als vor 20 oder 30 Jahren. Wir haben sehr viel mehr Kinder, die die Schule auch als Lebensort brauchen. Wir haben auch Eltern, die an dieser Stelle mitgenommen werden müssen. Denn andere Stellen haben wir nicht, oder sie sind falsch verteilt. Das ist unseres Erachtens wirklich nicht glücklich.

In den Schulen vor Ort muss man auch fühlen, dass man mitgenommen wird. Diesen Zugang halte ich für ganz entscheidend. Wie Frau Staar schon erwähnt hat, ist der Zugang von Verbänden zu ihren Mitgliedern ein riesiges Problem. Wenn wir auf Landesebene an unsere Mitglieder herantreten wollen, ist das eine einzige Tortur. In unserer Geschäftsstelle ist die Sekretärin seit einem Vierteljahr mehr oder weniger ausschließlich damit beschäftigt, nach den Neuwahlen wieder zusammenzustellen, wer alles bei uns Mitglied ist, und überhaupt einen Zugang zu unseren Mitgliedern zu schaffen. Wir werden überhaupt nicht unterstützt.

Auch das Einsammeln von Geld wird immer schwieriger, weil die Leute es wirklich kompliziert finden, zumal das auch von der Schule nicht mitgetragen wird. Es ist irgendwie eine Spende; es geht alles irgendwie unter. Dann denkt auch jeder: Mein Gott, Geld – und in Coronazeiten dreimal. Das ist für uns eine Anstrengung. Wir sind alle ehrenamtlich unterwegs. „Zoom“ haben wir privat gekauft, damit wir uns überhaupt untereinander vernetzen können.

Von der öffentlichen Seite erhalten wir keinerlei Unterstützung. Ich könnte jetzt noch eine Viertelstunde weiterreden. Aber wir als Eltern stehen in der Verfassung. Wie gesagt, werden Schülerinnen und Schüler auch nicht gut genug behandelt. Da muss etwas passieren, um dieses Mitwirken auch tatsächlich möglich zu machen. Wir geraten langsam wirklich an die Grenzen. Es will keiner mehr machen.

**Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW):** Konkret ist das Erste, was wir brauchen, eine fest installierte Vernetzungsstruktur. Das heißt, dass wir mindestens für die Schulpflegschaften eine direkte Erreichbarkeit brauchen. Es muss aber auch innerhalb der Schule selbst geregelt werden, dass Eltern mindestens per Mail oder wie auch immer erreichbar sind. Sie müssen auch für Informationen der Schulpflegschaft erreichbar sein. Das Erste, was wir auf jeden Fall brauchen, ist also, dass das Ministerium, der Schulausschuss – also Sie –, die Bezirksregierung, die kommunale Schulverwaltung, wer auch immer, die Schulpflegschaften erreicht und auch wir als Elternvertretung unsere gewählten Vertreter erreichen. Das ist eine enorm wichtige Sache.

Das Zweite ist: Es muss eine Plattform auf kommunaler Ebene geben, wo die Schulformen sich problemlos – wie auch immer, in irgendeinem Intervall – regelmäßig treffen können, austauschen können und auch in geordneten Strukturen Vertreter wählen können.

Diese Vertreter werden dann in die dritte Ebene entsandt. Da gehört es auch ins Schulgesetz hinein. Hier sind die §§ 72 bis 77 zu nennen. Dort sind alle Mitwirkungsgremien

aufgeführt. – Insofern entschuldige ich mich bei der Schülervvertretung. Was ich jetzt für die Eltern sage, meine ich natürlich auch für die Schüler. Das ist also immer analog zu sehen.

Man sollte bitte auch klar festlegen, dass nicht die „Schule“ zu beteiligen ist, sondern die „Schulgremien“ zu beteiligen sind. Dieses Wort muss man austauschen, um sicherzustellen, dass in den kommunalen Bildungsausschüssen die Schulgremien vertreten sind. Damit müssen dann Schüler\*innen, Elternvertretung und Lehrerververtretung in diesen kommunalen Ausschüssen mit vertreten sein. Dort gehört es auch hinein.

Ein Stück weit – nicht ganz, weil es nicht passgenau ist; Schule ist kein Kindergarten – ist das analog zum KiBiz zu betrachten. Es geht darum – damit ist ja dann auch eine finanzielle Unterstützung gemeint –, dass dort vor Ort die Strukturen der Vernetzung gestärkt und ermöglicht werden. Das ist die Grundbasis, die man braucht, um von dort aus dann darüber hinaus ... Vorhin ging es um die Frage, ob wir einen wirklichen Topf brauchen, der in Schulen externe Fortbildungsmaßnahmen ermöglicht. In unserer Stellungnahme haben wir als Beispiel KAUSA genannt. Das kann, egal wie man das Kind hinterher nennt und wer das dann macht, Eltern die Möglichkeit geben, dass sie dort hineinwachsen können, weil sie begleitet werden und gestärkt werden können. – Das ist dann der vierte Part. Damit haben wir, glaube ich, auch alle Parte angesprochen.

Darüber hinaus benötigen wir natürlich auch auf Landesebene eine Stärkung der Verbandsstrukturen, sodass wir – wenn ich diesen Punkt noch ansprechen darf; das ist gar nicht Bestandteil Ihres Antrags gewesen – auch hier im Landtag oder im Ministerium nicht mehr auf Bitten und Bittstellerbasis beteiligt werden, sondern das selbstverständlich ist und es im Ministerium eine kontinuierliche Beteiligungsstruktur gibt. Diese Möglichkeit ist auf freiwilliger Basis vorhanden. Sie wird auch hin und wieder genutzt, in der Krise jetzt stärker als vorher. Wir wünschen uns, dass es hier eine Regelmäßigkeit gibt, damit Eltern sich auch dafür entscheiden können, weil sie sagen können: Hier habe ich eine Struktur; hier weiß ich, was da passiert; hier kann ich mich einbringen; hier kann ich meine Meinung über die kommunalen Spitzenverbände bis an den Landtag weitergeben. – Dass man diese Kette der Beteiligung sicherstellt, ist das, was wir uns wünschen.

**Sophie Halley (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Da fällt uns einiges ein. Aber zunächst einmal will ich sagen, dass man sich dem definitiv anschließen kann. Das betrifft gerade auch den Punkt, dass man hier war und erklärt hat, warum XY nicht so gut ist und Soundso besser wäre. Wenn es dann doch anders gemacht wird, wären entsprechende Begründungen auf jeden Fall wünschenswert. Denn dann kann man das auch nachvollziehen. Entweder kommt man zu dem Schluss, dass man die vorgenommene Anpassung in einigen Punkten verkraften kann. Oder man knüpft an die Punkte an, die diskutiert wurden, und fragt dann bei bestimmten Fraktionen nach: Könnt ihr uns das vielleicht noch einmal genauer aus eurer Sicht erklären? – Dann kann man also in einen Diskurs treten.

Ernst genommen zu werden, ist überhaupt eine unglaublich wichtige Sache. Leider ist das, egal auf welcher Ebene man gerade aktiv ist, nicht unbedingt der Fall. Wir auf

Landesebene werden auch nicht unbedingt mehr akzeptiert oder stärker ernst genommen als die auf SV-Ebene Aktiven, nur weil wir überregionaler unterwegs sind.

Jetzt rattere ich einmal schnell die Punkte herunter, damit ich nicht so lange rede:

- Anpassung der Drittelparität zugunsten der Schüler\*innen.
- Fester Etat der Schüler\*innenvertretung. Dazu soll eine Kommission gebildet werden, der keine Schüler\*innen angehören. Wir sollen also nicht an der Kommission teilhaben, in der beschlossen wird, was für einen Etat die SVen haben. Die Eltern dürfen aber dabei sein, weil es ja gegebenenfalls um Sitzplätze für sie geht. Das ist eine Sache, die sich uns nicht unbedingt erschließt.
- Schülervertreter\*innen müssen verpflichtend erreichbar sein. Sie müssen von der Schule zum Beispiel eine Maildomain erstellt bekommen, damit Schüler\*innen, egal aus welcher Klasse, die SV erreichen können oder auch die BSV sagen kann: Wir haben eine verbindliche Mailadresse und nicht irgendeine private Mailadresse, wo wir gar nicht wissen, ob die Person noch in diese Schule oder überhaupt in die Schule geht.
- Die SV muss auf der Website vermerkt sein. Das schwarze Brett ist absolut veraltet. Während des Distanzlernens ist man ohnehin weniger in der Schule gewesen. Da wäre eine Website praktisch gewesen.
- Das Gleiche muss für die Eltern und die Lehrer\*innen gelten. Meine Schule hat erst jetzt wegen der Pandemie Schulmail bekommen, sodass ich meine Lehrkräfte nun von zu Hause aus erreichen kann. Vorher hatte ich diese Möglichkeit nicht. Vorher hat man am Lehrerzimmer geklopft und gehofft, dass diese Person da ist. Wenn sie nicht da war, musste man es halt morgen noch einmal probieren. Das kann es auch nicht sein. Wenn wir beispielsweise Sachen für die Schulkonferenz besprechen wollen, soll das nicht während der Schulkonferenz passieren, sondern als Vorbereitungsmaßnahme. Diese Möglichkeit wird uns gar nicht erst gegeben, weil wir niemanden erreichen können.
- Das Schulfach Wirtschaft muss weg. Stattdessen muss wieder der Politikunterricht forciert werden. Wir brauchen mehr Politik. Wir merken, dass bei Politik ein extremer Mangel besteht. Dann können wir nicht sagen: Aber Wirtschaft ist doch auch wichtig; also lasst uns bei Politik ein bisschen kürzen.
- Fortbildung von Lehrkräften zu den Themen „Politik“ und „SV“, damit Lehrkräfte, die ja, wie gesagt, länger für die SV zuständig sind, gut helfen können.
- Einladungen zur Schulkonferenz frühzeitig, nicht erst am Dienstag in der 8. Stunde für denselben Dienstag in der 9. Stunde – und dann soll man noch sechs Menschen aufgabeln, die teilnehmen. Das funktioniert nicht.
- Auf jeden Fall sollten demokratische Strukturen an Grundschulen und Kitas etabliert werden, damit man langsam in die Rolle hineinwächst, wirklich politisch zu arbeiten und sich politisch zu beteiligen. Dann kann man auf kommunaler Ebene beispielsweise sagen: Diesen Jugendtreff erachten wir nicht für sinnvoll, weil direkt nebenan ein Schulhof ist, der nach Schulschluss auch für uns zur Verfügung steht; richtet den Jugendtreff doch in diesem Viertel ein, in dem es gar keine Schule gibt. – Das

ist auf jeden Fall eine Möglichkeit. Der Bedarf ist vorhanden. Grundschulen und Kitas sind auch begeistert davon, Sachen auszuprobieren und Demokratie zu erleben und zu erlernen. Dort kann das super funktionieren, wenn man sie langsam und schrittchenweise heranzuführt. Das muss passieren und hätte eigentlich schon längst passieren müssen.

**Helmut Seifen (AfD):** Mir bleibt fast die Sprache weg, weil Sie von Dingen berichten, die für mich unbegreiflich sind. Es geht hier um Verfahrensweisen. Da gibt es Durchführungsbestimmungen. Da gibt es Verwaltungsvorschriften. Da gibt es Ladefristen. Da kann man nicht einfach in der 8. Stunde jemanden zur 9. Stunde einladen. Nennen Sie mir bitte nicht die Schule, in der das passiert.

Meine Frage richtet sich an Frau Löchner, einen Vertreter der Schülervvertretung und Frau Linge. Ich habe hier zwei Dinge unterscheiden können. Das eine sind Verfahrensweisen, die nicht in Ordnung sind. Jeder von uns müsste sie empört zurückweisen. Was in die Schulkonferenz kommt, muss vorher nicht nur in der Lehrerkonferenz, sondern auch in der Schulpflegschaft und im Schülerrat intensiv besprochen worden sein. In diesen drei Gremien wird alles, was in der Schulkonferenz behandelt wird, vorher besprochen, diskutiert und abgestimmt. Anschließend behandelt man die Dinge in der Schulkonferenz und tauscht sich dort aus.

Meine Frage lautet: Geht es unabhängig von den organisatorischen Dingen, die hier vorgetragen worden sind – E-Mail-Adresse, Telefon usw. usf. –, innerhalb der Schule nicht hauptsächlich doch um Verfahrensweisen, die offensichtlich dann misslingen, wenn Schulleitung nicht richtig funktioniert? Das sage ich jetzt einmal ganz deutlich. Denn was ich hier gehört habe, war alles Nichtfunktionieren von Schulleitung. Ich weiß, wie es besser geht. Ist es also nicht so, dass es da eher um Verfahrensweisen als um strukturelle Dinge geht?

**Jutta Löchner (Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen):** Herr Seifen, da haben Sie sicherlich recht. Im Schulgesetz steht bereits eine ganze Menge drin. Wenn man das ordentlich umsetzt, ist es auch schon durchaus gut. Das gilt unter anderem für die Drittelparität. Wenn man die Demokratie, dieses Ernst-Nehmen, entsprechend lebt, kann das gut funktionieren. Da gebe ich Ihnen völlig recht.

An dieser Stelle muss ich mir natürlich die Frage stellen: Warum funktioniert das so häufig nicht? Das betrifft natürlich nicht alle 5.500 – oder wie hoch die Zahl jetzt tatsächlich ist – Schulen, die wir haben. Aber es funktioniert häufiger nicht. Hier spielen auch die Eltern eine Rolle. Die Eltern wissen teilweise noch nicht einmal, dass sie in der Schulkonferenz selbst ein Antragsrecht haben und einen Punkt auf die Tagesordnung setzen lassen können. Das muss doch irgendeinen Grund haben. Es gibt ja Schulen, die super funktionieren – was aber meistens dann der Fall ist, wenn die Elternvertretungen das selbst in die Hand nehmen. Aber in Bezug auf die Leitungsverantwortung der Schulleitung, die dann auch darauf achten sollte, dass die Elternmitwirkung funktioniert, besteht bei uns ein großes Handicap.

Ich weiß nicht, ob das an der Ausbildung der Schulleitung liegt. Es hängt auf jeden Fall von der Persönlichkeit der Schulleitung ab. Meines Erachtens ist das wirklich ein extrem

fordernder Job. Man muss sehr selbstbewusst sein, weil man ganz viele verschiedene Themen und Befindlichkeiten unter einen Hut zu bringen hat. Da muss die Auswahl schon sensationell gut sein.

Hier stellt sich für mich auch die Frage – das geht jetzt aber ein bisschen zu weit –: Sollte man, wenn das nicht funktioniert, nicht auch einmal darüber nachdenken, ob die Leitung gut ist? Wir haben ja offensichtlich Schwierigkeiten, dann auch durchaus einmal, salopp formuliert, den Stecker zu ziehen. Das ist sicherlich mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Aber wer kontrolliert oder schaut eigentlich, dass diese Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern, Schülern und Schulleitung gut funktioniert? Und was tut man, wenn das überhaupt nicht läuft? Erst einmal müssen die Eltern und auch die Schüler ja merken, dass eine Verkürzung ihrer Rechte erfolgt. Häufig bekommen sie das, wie gesagt, aufgrund von Unwissenheit gar nicht mit. Dann muss man aber natürlich auch immer mal wieder jemanden ins System hineinbringen, der schaut, ob das auch gut läuft – und vor allen Dingen dann, wenn es ein Signal gibt, dass es nicht gut läuft.

Da darf man auch nicht warten, bis von den Eltern oder den Schülern darauf hingewiesen wird. Sie sind nämlich immer in der schwächeren Position – gerade die Schüler, weil sie Angst um ihre Noten haben.

Das bekommen wir nur dadurch weg, dass die Schulleitung eine offene Haltung hat, in der Schule eine entsprechende Atmosphäre schafft und sagt: Diese Themen, mit denen wir uns sachlich auseinandersetzen, um die beste Lösung zu finden, sind völlig unabhängig von den fachlichen Leistungen, die in der Schule erbracht werden. – Um dieses Denken zu etablieren, brauchen die Schulleitungen und die Lehrer Nachhilfeunterricht, glaube ich. Das ist auch ein Punkt, bei dem ich sage: Wo ist er?

**Sophie Halley (Landeschüler\*innenvertretung NRW):** Natürlich mangelt es in Sachen „Verfahrensweise“. Man könnte das Ganze durch Aufklärung oder Information sehr viel angenehmer und besser gestalten. Das passiert aber einfach nicht. Die Aufklärung findet in dem Sinne nicht statt. Die Einladungen werden uns teilweise erst dann gegeben, wenn wir bemerken: Wir haben da keinen Unterricht, weil mein Klassenlehrer bei der Schulkonferenz ist. Komisch! Warum bin ich nicht dort? – Dann fragt man nach. Das ist leider Gottes relativ normal. Denn aufgrund der Drittelparität kann, wenn die Schüler\*innen nicht da sind, trotzdem entschieden werden. Es ist überhaupt kein Problem, dass die Schüler\*innen nicht anwesend sind, solange Eltern und Lehrkräfte da sind.

Und das darf nicht sein. Wir sind der größte Teil der an Schule Beteiligten. Dementsprechend müssen wir uns auch mehr einbringen können als andere Parteien. Wir müssen wichtig sein. Wir müssen im Zweifel auch von Maßnahmen überzeugt werden, die wir am Anfang vielleicht nicht für richtig halten. Oder man muss dann tatsächlich einmal auf Kompromissuche gehen, um etwas zu finden, bei dem man sagt: Ja, okay; damit können wir leben.

Ein weiterer Punkt sind die Fachkonferenzen zur Auswahl von Schulbüchern. Mein Mathelehrer, der schon etwas älter ist, macht seinen Job super. Aber wenn er mir



sagen soll, welches Mathebuch für mich das richtige ist, würde er sicherlich ein anderes Buch aussuchen als wir Schüler\*innen, weil wir einfach anders arbeiten. Wir lernen anders und sind in einer unterschiedlichen Entwicklungsstufe. Deswegen kommen wir vielleicht weniger mit Fließtexten klar, sondern eher mit Abbildungen und Darstellungen. Wir würden also zu unterschiedlichen Schulbüchern greifen.

Das heißt: Wir brauchen in der Fachkonferenz mehr als nur ein Mitspracherecht, nämlich auch ein Stimmrecht. Wir müssen aktiv mitentscheiden können und sagen können: Dieses Buch halten wir, auch wenn Ihnen das möglicherweise nicht passt, für ungeeignet.

Die Bezirksverbindungslehrer, die uns unterstützen sollen – sie sollen uns helfen, damit wir wissen, was wir machen können und was wir erreichen können –, brauchen Entlastungsstunden. Denn sie sind auch nur Menschen und haben auch nur einen 24 Stunden langen Tag.

Hier möchte ich auch noch einmal die Angst bezüglich der Noten erwähnen. Wenn ich meiner Lehrkraft gegenüber sitze und weiß, dass meine Lehrkraft total überzeugt von etwas ist, habe ich ein mulmiges Gefühl, mit einem Handzeichen zu sagen: Ich bin gegen Ihren Vorschlag. – Man hat einfach Schiss um die Noten, weil man weiß, dass da etwas passieren kann.

Die gleiche Angst habe ich auch, wenn ich weiß, dass meine Eltern gerade in der Schulkonferenz meinem Klassenlehrer gegenüber sitzen. Mein Klassenlehrer kennt meine Eltern. Wenn meine Eltern dann irgendetwas für meinen Lehrer Blödes äußern, habe ich Schiss, muss ich zugeben. Ich war auch schon in der Situation, dass ich gesagt habe: Papa, musst du dort hingehen? Musst du das wirklich machen? Ich möchte das nicht. Ich habe Angst davor. – Ich finde es ein bisschen respektlos, darüber zu lachen.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich lache nicht über Sie!)

– Okay.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich lache nur über diese Lehrkräfte! Entschuldigung! Es kann doch nicht sein, dass man Noten davon abhängig macht!)

– Ich wollte das nur erwähnen, weil es bei mir anders angekommen ist. Okay.

**Elisabeth Linge (Stadtschulpflegschaft Köln):** Ich muss zugeben, dass ich hier auch Neues und Erschreckendes kennenlernen. Insofern bin ich ganz Ohr. – Auf Ihre Frage ist zweierlei zu antworten. Natürlich werden hier Strukturen benannt, die mangelhaft sind. Wir haben eine schlechte Ressourcenausstattung vor Ort. Wenn zum Beispiel der Elternbrief von Frau Gebauer nicht bei uns landet – weder der erste noch der zweite noch der dritte –, liegt das unter Umständen daran, dass das Sekretariat mit einer halben Stelle besetzt ist und 500 Schüler zu versorgen hat.

Wir haben eigentlich keine Sanktionsmöglichkeiten. Aufgrund der Abhängigkeiten haben wir tatsächlich auch ein Machtgefälle innerhalb von Schule – sprich: Lehrpersonal versus Eltern und dann Schüler. Bei uns an den Förderschulen gibt es eine ähnliche

Abhängigkeit. Denn die Förderung eines Schülers ist ganz eng an die Person des Lehrers oder der Lehrerin gebunden. Wenn dann im Unterricht eine mangelnde Zuwendung erfolgt, bleibt die Förderung ultimativ auf der Strecke.

Insofern müssen wir tatsächlich auch an der Kommunikationskultur der Schulen ansetzen. Ich glaube schon, dass Sie seitens des Landtags in der Lage sind, zu beschließen, Strukturen zu fördern, die die wertschätzende Kommunikation – das Wort „Wertschätzung“ ist in der heutigen Diskussion noch gar nicht gefallen – zwischen Lehrern auf der einen Seite und Eltern, Familien und Schülern auf der anderen Seite voranbringen.

Dafür braucht es, glaube ich, eine externe Struktur. Die LEK hat ein Projekt aus Dortmund genannt. Das hat mich neugierig gemacht. Ich werde mich noch weiter informieren und schauen, ob ich so etwas auch auf Kölner Ebene anregen kann. Wie die Finanzierung erfolgt, interessiert mich ebenfalls. Es geht natürlich auch darum, das Ganze finanziell zu stärken.

Wir lassen Grundrechte auf der Strecke. Um noch einmal auf die vorherige Frage zurückzukommen: Tatsache ist, dass Eltern nicht unbedingt in der Lage sind, alle anderen Eltern anzusprechen. Auch wir brauchen tatsächlich Unterstützung und Hilfe, um nicht nur strukturell – sprich: per E-Mail; wie auch immer – miteinander in Austausch zu treten, sondern auch dieselbe Sprache zu finden. Wir haben sehr diverse soziokulturelle Hintergründe. Und das ist der Grund, warum viele Eltern und dann auch viele Schüler mittelbar aus der Beteiligung herausfallen.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen? – Bitte.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich habe keine Frage, sondern einen Gruß von Herrn Radke, der mir gerade geschrieben hat: Wir sind wegen eines plötzlichen Krankheitsfalls leider verhindert gewesen. – Das wollte ich nur einmal für alle sagen.

**Helmut Seifen (AfD):** Ich will noch einmal betonen, dass ich nicht über Sie gelacht habe – ganz bestimmt nicht. Es ist aber so unwahrscheinlich, dass ein Lehrer schlechtere Noten gibt, weil ein Schüler in der Schulkonferenz eine andere Meinung vertritt, dass mir das völlig absurd vorkam. Darauf möchte ich also noch einmal Wert legen.

Ich habe aber auch noch eine Frage. Ich kann das, was Sie alles berichten, jetzt gar nicht glauben; aber gut. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass Sie wünschen, dass die Schulkonferenz hälftig mit Schülern besetzt wird. Ich habe den Übergang vom Verhältnis 2:1:1 zur Drittelparität mitgemacht. Erst hatte ich ein bisschen Sorge; das gebe ich zu. Nachher ist das wunderbar gelaufen, hervorragend gelaufen. Deswegen war ich mit dieser Drittelparität zuletzt unglaublich zufrieden.

Meine Frage lautet: Schüler sind ja nicht ewig an der Schule. Meistens kommt man auch nicht schon in Klasse 5 in die Schulkonferenz, sondern ab Klasse 10 oder Klasse 11. Das heißt, dass Schüler in der Regel zwei oder möglicherweise, wenn es hoch kommt, vier Jahre in der Schulkonferenz sind. Befürchten Sie nicht, dass dann,

wenn die Schüler tatsächlich dominieren – ich meine das gar nicht böse –, die Kontinuität einer Schulentwicklung darunter leiden könnte?

**Timon Nikolaou (Landesschüler\*innenvertretung NRW):** Die Idee dahinter ist erst einmal, dass die Schülerinnen und Schüler die größte Gruppe in der Schule sind und im Sinne der Demokratie auch mehr Mitbestimmungsrecht verdienen als andere Parteien, die nicht in die Schule gehen oder nur in sehr viel kleinerer Zahl dort vertreten sind. Es ist auch nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler damit alles entscheiden könnten; denn im Zweifelsfall wird immer noch die Schulleitung entscheiden.

Außerdem fordern wir neben der Stärkung von SV-Strukturen zusätzlich die Stärkung der Arbeit, die von Lehrerinnen und Lehrern sowohl auf Bezirksebene als auch auf Schulebene geleistet wird, sodass die Kontinuität innerhalb dieser Gremien besser gewährleistet werden kann, indem man beratende Stimmen von Lehrerinnen und Lehrern hat, die länger für die SV zuständig sind und dann auch Wissen weitergeben können, indem sie zum Beispiel auf Klausurtagungen helfen, Schülerinnen und Schüler einzuarbeiten. Ferner fordern wir ein festes Budget für SVen, damit sie zum Beispiel mehr Möglichkeiten haben, interne Fortbildungen durchzuführen, um der Arbeit mehr Kontinuität zu geben und vor allem auch den Inhalten mehr Kontinuität zu geben.

Das in Ihrer Frage angesprochene Problem sehen wir also nicht. Wir sehen nur, dass man die SV auch besser ausbauen muss und sie befähigen muss, tatsächlich in der Schule demokratisch mitzuwirken, um den Schülerinnen und Schülern, die sich dann auch als politische Gruppe begreifen müssen, gerecht zu werden. In der Tat braucht es noch einige andere Rahmenbedingungen, damit dort eine Arbeit stattfinden kann, die tatsächlich den demokratischen Ansprüchen der Schülerinnen und Schüler und ihren Interessen gerecht wird.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen herzlich dafür danken, dass Sie den Weg in unseren wunderschönen Plenarsaal auf sich genommen haben und auch mit den ungemütlichen Konditionen klargekommen sind. Vielen Dank für Ihre Expertise. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen angenehmen Abend – und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Auch den Kolleginnen und Kollegen sage ich Tschüs. Wir sehen uns bereits morgen wieder.

Vielen Dank an Herrn Jäger für die Vorbereitung und vielen Dank an den Sitzungsdokumentarischen Dienst, der uns das Protokoll rechtzeitig vorlegen wird. Am 10. März 2021 werden wir im Schulausschuss abschließend über die Ergebnisse dieser Anhörung beraten.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Kirstin Korte  
Vorsitzende

**2 Anlagen**

07.01.2021/11.01.2021

23

**Gespräch**  
des Ausschusses für Schule und Bildung

**Einschulungstichtag kindgerechter, elternfreundlicher und  
unbürokratischer regeln**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/10629

24. November 2020,  
13.30 Uhr bis max. 15.00 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Maike Finnern Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen, Essen	<b>Maike Finnern</b> Astrid Tjardes	<b>17/3298</b>
Sandra van Heemskerk Stellvertretende Landesvorsitzende komba gewerkschaft nrw, Köln	<b>Sandra van Heemskerk</b> Jasmin Jestel	<b>17/3287</b>
Manfred Walhorn, Gütersloh	<b>Manfred Walhorn</b>	<b>17/3308</b>
Boris Preuss Leitender Regierungsschuldirektor Köln	<b>Boris Preuss</b>	<b>17/3304</b>
Albert Seemann Rösrath	<b>Albert Seemann</b>	---
Netzwerk gegen Früheinschulung Britta Czoske Essen	<b>Dr. Karin Michael</b> Britta Czoske	<b>17/3288</b>



**Anhörung von Sachverständigen**  
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

**Wir wollen mehr Demokratie wagen – Kinder und Eltern bestimmen mit an Kitas und Schulen**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/10526

24. November 2020,  
15.00 Uhr bis max. 17.00 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternkonferenz Vorsitzende Anke Staar, Dortmund	<b>Anke Staar</b> Christian Beckmann	<b>17/3296</b>
Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen e. V. Frau Löchner, Düsseldorf	<b>Prof. Franz-Josef Kahlen</b>	<b>17/3300</b>
Landeselternschaft der integrierten Schulen LEiS 1. Vorsitzender Ralf Radke, Köln	<b>Ralf Radke</b> Sara Stomporowski	---
Landeschüler*innenvertretung NRW, Düsseldorf	<b>Sophie Halley</b> Timon Nikolaou	<b>17/3303</b>
Eva-Maria Thoms Mittendrin e.V., Köln	<b>Eva-Maria Thoms</b>	
Stadtschulpflegschaft Köln Elisabeth Linge Köln	<b>Elisabeth Linge</b>	---